

lwwinfo

ZEITSCHRIFT DES LANDESWOHLFAHRTSVERBANDES HESSEN

schwerpunkt | kurzmeldungen | wortmeldungen | personalien

GmbH-Gründungen: Wichtiges Etappenziel erreicht

Am 4. Dezember haben sich die Tarifparteien nach über 12-stündigen Verhandlungen auf gemeinsame Eckpunkte zum Personalüberleitungsstarifvertrag und zu einer Vereinbarung zwischen LWV und Gewerkschaften verständigt. Die Eckpunkte sollen die Gründung einer strategischen Managementholding GmbH sowie die Umwandlung der sieben bisher als Eigenbetriebe geführten Zentren für Soziale Psychiatrie und des Sozialpädagogischen Zentrums Kalmenhof in gemeinnützige GmbHs flankieren. In der Einigung sieht LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann ein ganz wichtiges Etappenziel des Umstrukturierungsprozesses erreicht.

| Mehr zum Thema
Seite 2



Fotos: Thomas Rosenthal

LWV-Gremien starten in neue Wahlperiode

Robert Becker steht künftig LWV-Verbandsversammlung vor

Robert Becker, langjähriger Bürgermeister von Mengerskirchen, ist neuer Präsident der Verbandsversammlung des LWV. Bei ihrer konstituierenden Sitzung bestimmten die Abgeordneten den christdemokratischen Kommunalpolitiker im Dezember einstimmig zu ihrem neuen Vorsitzenden. Der neue Parlamentspräsident, der dem ausgeschiedenen Kurt-Wilhelm Sauerwein nachfolgt, wird bei seiner Arbeit von 5 Stellvertretern/innen unterstützt. Für die 14. Wahlperiode wurden auch die Mitglieder des Verwaltungsausschusses und der Parliamentsausschüsse neu bestimmt. Er hoffe, sagte der neu gewählte Präsident, dass es gemeinsam gelänge, den Anteil des LWV an der Gestaltung der sozialen Infrastruktur in Hessen deutlich zu machen. Der Verband sei – eingedenk des beachtlichen Reformprozesses, den er bisher durchlaufen habe – besser, als er bei seinen Trägern wahrgenommen werde. In der neuen Wahlperiode stellt die CDU 29 Abgeordnete in der Verbandsversammlung. Die SPD verfügt über 27 Sitze. Bündnis 90/Die Grünen sind mit 8, die FDP mit 6 Abgeordneten vertreten. 4 Mandate erhielt die Fraktion der FW. Die Linke stellt einen Abgeordneten. Ausführlicher Bericht in der nächsten Ausgabe. (jda)

Aus der Verbands- versammlung

Gute Grundlage für weitere
Reformschritte

Seite 2

„Es geht auch anders“

Innovative Projekte in der
Gemeindepsychiatrie

Seite 6

Busgarage wieder- richtet

Einzigartiges Zeugnis der
NS-„Euthanasie“-Verbrechen

Seite 8

Grünes Licht für Wie- dereingliederung

Schwerpunkt:
Forensische Nachsorge

Seite 26

Menschen im LWV

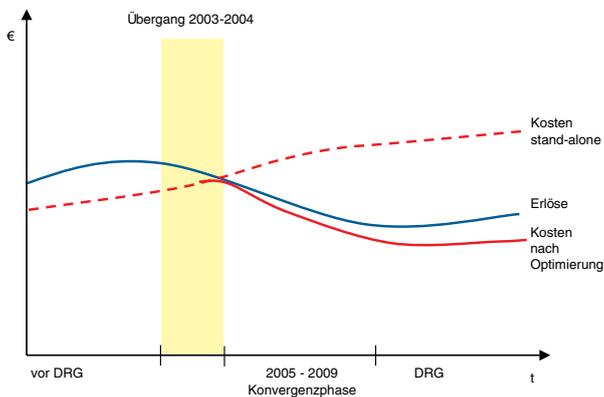
Gehrt – Gewechselt –
Aufgefallen

Seite 29



GmbH-Gründungen: Wichtiges Etappenziel erreicht

Man kann es schon als Durchbruch sehen: Als am 4. Dezember nach einem



Drohende Erlös-Kosten-Schere: Auch in Kliniken, die (noch) nicht nach Fallpauschalen (DRG) abrechnen, müssen Optimierungspotentiale genutzt werden.

Grafik: M.M. Warburg & Co

12-stündigen Verhandlungsmarathon endlich Einigung erzielt wird, ist unter den Beteiligten deutlich Erleichterung zu verspüren. Nach mehreren Verhandlungsrunden innerhalb eines Jahres konnten sich LWV und Gewerkschafts-

vertreter von ver.di, der dbb-Tarifunion sowie des Marburger Bundes auf Eckpunkte eines Personalüberleitungstarifvertrages verständigen, der für die Beschäftigten der künftigen GmbHs gelten soll. Mit der Einigung sei die Zukunftsfähigkeit der LWV-Gesellschaften gestärkt worden, sagte LWV-Chef Brückmann. Die Kliniken und die anderen Betriebszweige könnten sich nun besser auf den verschärften Wettbewerb unter den Krankenhäusern und bei sozialen Dienstleistungen vorbereiten. Zur Arbeitsplatzsicherheit und zur Fortgeltung des tariflichen Rahmens seien weitgehende Forderungen der Beschäftigten aufgenommen worden. Die Eckpunkte in Kurzform:

- Die neu gegründeten gGmbHs treten in alle bestehenden Arbeits-, Ausbildungs- und Praktikantenverträge ein.

- Diese übernehmen auch alle bestehenden Gesamtdienstvereinbarungen, Dienstvereinbarungen und Integrationsvereinbarungen.
- Erworbenene Beschäftigungs- und Dienstzeiten bleiben auch bei einem künftigen Wechsel von Beschäftigten zwischen den einzelnen LWV-Gesellschaften, der Holding bzw. dem LWV Hessen erhalten.
- Die Holding bleibt Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband, somit gelten die von der VKA abgeschlossenen Tarifverträge weiter.
- Die Holding bleibt Mitglied in der Zusatzversorgungskasse.
- Keine betriebsbedingten Kündigungen wegen des Betriebsübergangs.
- Der Bildung eines Konzernbetriebsrates wird zugestimmt.
- Die Arbeitnehmer erhalten ein Drittel der Sitze im Aufsichtsrat der LWV Holding GmbH.
- Keine Anwendung des § 118 BetrVG in den gGmbHs.

Die Einigung muss im Januar noch in den Gremien der Tarifpartner behandelt werden, sie steht insoweit unter deren Genehmigungsvorbehalt. (jda)

Gute Grundlage für weitere Reformschritte

Die Ende September gefällte Entscheidung des Präsidiums des Hessischen Landkreistages, die in seinen Gremien geführte Diskussion zur Reform des LWV ruhen zu lassen und erst im Zusammenhang mit Überlegungen zu Strukturänderungen im Kommunalen Finanzausgleich in 2008 wieder aufzugreifen, hat LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann ausdrücklich begrüßt: „Der Beschluss des Landkreistages gibt uns, wie auch ein ähnlich lautender Beschluss des Hessischen Städtetages vom 7. September, die Möglichkeit, den Weg der Modernisierung des LWV konsequent fortzusetzen und insbesondere Vorschläge aufzugreifen, die sich aus dem Prüfbericht des Hessischen Rechnungshofes ergeben.“ Das im Auftrag des Hessischen Rechnungshofes tätige Beratungsunternehmen Kienbaum hatte in dem Prüfungsbericht empfohlen, die Zuständigkeit für die Aufgaben des überörtlichen Sozialhilfeträgers beim LWV zu belassen, da er einheitliche Versorgung, zentrale Vergütungsvereinbarungen und ein umfassendes System der Fach- und Finanzplanung für die Behindertenhilfe in Hessen gewährleisten könne. Auch empfiehlt der Bericht, in den Verwal-

tungsbereichen des LWV weitere Stellen einzusparen. Brückmann unterstrich, dass er diese Empfehlungen bereits aufgegriffen habe.

„Für den Umbau der Behindertenhilfe gilt, dass die Hilfen in Zukunft noch wirksamer und bedarfsgerechter sein sollen. Wir haben uns hier bereits von der ‚Vollversorgung‘ der vergangenen Jahrzehnte verabschiedet und setzen auf ambulante und individuelle Hilfen. Nur so können wir den Herausforderungen begegnen, die der demografische Wandel mit seiner wachsenden Zahl behinderter Menschen an uns stellt“, sagte der LWV-Chef. Seit 2004 sei es gelungen, Fallzahlenanstieg und Kostenentwicklung zu entkoppeln, was sich positiv bei der von den Landkreisen und kreisfreien Städten zu tragenden Umlage niedergeschlagen habe. In vielen Gesprächen mit Landräten, Oberbürgermeistern und Kämmerern habe er gespürt, dass dieser Kurs anerkannt werde und eine gute Grundlage für weitere Reformschritte biete. Der Prüfbericht liegt nun den im Dezember neu konstituierten Gremien des LWV vor. (jda)

„Fachliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit“ – Aus dem Prüfbericht des Rechnungshofes

„Der LWV Hessen sollte weiter für die Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe zuständig sein. Sein Vorteil ist, dass er eine einheitliche Versorgung, zentrale Vergütungsvereinbarungen und ein umfassendes System der Fach- und Finanzplanung für die Behindertenhilfe gewährleisten kann. Der Ausbau des Betreuten Wohnens bietet einen geeigneten Ansatzpunkt zur Senkung der Ausgaben. (...) Dafür empfehlen wir, rechtzeitig zu überprüfen, ob die Vereinbarung zum Betreuten Wohnen über den 31.12.2008 hinaus angewendet wird. (...) Als Träger klinischer Einrichtungen verfügt er über die fachliche Kompetenz und die Leistungsfähigkeit, sie weiterhin wirtschaftlich und mit angemessener Qualität zu führen. Seine Vorteile sind die Größe, das Leistungsspektrum und die fachliche Spezialisierung.“



Wahlperiode beendet: Abgeordnete der Verbandsversammlung beim parlamentarischen Abend im Ständehaus. Foto: Jörg Daniel

Abschied nach 37 Jahren: Präsident Kurt-Wilhelm Sauerwein (m.) während einer Plenartagung im Juli 2006. Daneben (v. l.): Abgeordnete Michael Vetter und Marco Wilfert.

Foto: Jörg Daniel



Verbandsversammlung: Ereignisreiche Wahlperiode ging zu Ende

Wenn zur letzten Plenartagung einer Wahlperiode eingeladen wird, steht zwar noch nicht definitiv fest, wer künftig erneut dem Hessischen Sozialparlament angehören wird und wer aus ihm ausscheidet, doch so manche persönliche Entscheidung ist bereits getroffen. So war es nicht verwunderlich, als während des parlamentarischen Abends am Vorabend der Oktober-Verbandsversammlung ein wenig Abschiedsstimmung zu verspüren war. Sie entstand vor allem durch die Worte von Präsident Kurt-Wilhelm Sauerwein, der sich nach 37 Jahren Abgeordnetentätigkeit – lange Zeit in herausgehobenen Funktionen – von seinen Abgeordnetenkollegen, auch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verabschiedete. Dies natürlich nicht, ohne einen Rückblick auf fünf ereignis- und themenreiche Jahre zu werfen: 200 Drucksachen, 300 Mitteilungen und zahllose weitere Unterlagen lagen den Beschlüssen der Abgeordneten zugrunde, die sie in insgesamt 21 Plenartagungen trafen, hatte der scheidende Präsident gezählt. Aktiv waren auch die Ausschüsse, am fleißigsten der Haushaltsausschuss, der 47-mal zusammentrat. In der Einrichtungswelt, resümierte Sauerwein in seiner Chronologie wichtiger Ereignisse, war der Wandel ebenso zu spüren wie in den anderen Aufgabenfeldern des LWV. Kurz nachdem die Verbandsversammlung mit der Vereinbarung zum Betreuten Wohnen ein neues Kapitel in der Behindertenhilfe aufschlug, setzte eine breite Diskussion über die künftigen Aufgaben des Verbandes ein, die kürzlich – vorerst – ein Ende fand. Im Prüfbericht des Rechnungshofes mit seiner überwiegend positiven Bewertung sah Sauerwein diejenigen Kräfte gestärkt, die den Ver-

band erhalten wollen. Die Verbandsversammlung habe gute Arbeit geleistet, schloss der Präsident und gab denen, die weiter Verantwortung tragen werden, mit auf den Weg, die Politik der Haushaltskonsolidierung und der Einrichtungsmodernisierung fortzusetzen.

Chancen nutzen

Auch für Landesdirektor Uwe Brückmann hat sich das vertraute Gleichgewicht von Kontinuität und Wandel in den vergangenen Jahren durch einen wachsenden Reformdruck verändert. Statt Fürsorge Selbstbestimmung, statt institutioneller personenzentrierte Perspektive, statt Zentralisierung Gemeindennähe: Psychiatrie wie auch Behindertenhilfe funktionierten heute durch ein komplexes Zusammenspiel aus stationären, teilstationären und ambulanten Leistungen, aus professioneller, familiärer Hilfe und Selbsthilfe. Besonders wichtig für den Kostenträger LWV: Öffentliche Aufgaben im Gesamtrahmen einer stark expansiven Volkswirtschaft mit günstigem demografischen Aufbau seien ganz anders finanzierbar gewesen als in der alternden Gesellschaft von heute, sagte Brückmann. Umso mehr sei er der Verbandsversammlung dankbar, dass sie in der ablaufenden Wahlperiode vorhandene Handlungsspielräume genutzt und sich einmal mehr den programmatischen Namen „Hessisches Sozialparlament“ verdient habe. Die jüngsten Beschlüsse der Kommunalen Spitzenverbände wie auch die Ergebnisse der Prüfung des Rechnungshofes eröffneten die Chance, die Modernisierung des Verbandes weiter energisch voranzutreiben. (jda)

Editorial

Guter Start in ein neues Zeitalter

Durch die Gründung einer Holding und durch Umwandlung der Eigenbetriebe in gemeinnützige GmbHs stellt sich die „LWV-Unternehmensgruppe“ auf den verschärften Wettbewerb im Krankenhausmarkt ein. Diese Schritte sind mehr als eine bloße Änderung der Rechtsform: Sie stärken das unternehmerische Handeln auf der betrieblichen wie auch auf der „Konzern“-Ebene und leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Zukunftssicherung, auch zum Erhalt der Arbeitsplätze. Erfreulich ist, dass es den Beteiligten in den schwierigen und lang andauernden Verhandlungen zum Überleitungstarif gelungen ist, eine von allen Verhandlungsparteien getragene Vereinbarung zu erarbeiten. Sie gewährleistet es, die Rechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen des Umwandlungsprozesses umfassend zu sichern und die Arbeitnehmervertretungen an den wirtschaftlichen Entscheidungen zu beteiligen. Beide Seiten haben im Bewusstsein ihrer Verantwortung gehandelt. Die Vereinbarung, die von beiden Tarifparteien noch bestätigt werden muss, ermöglicht einen guten Start in ein neues Zeitalter für die neu formierte Unternehmensgruppe des LWV. Ich wünsche Ihnen allen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2007 mit viel Energie für die Aufgaben, die auf uns warten.

Uwe Brückmann
Landesdirektor



Foto: privat

Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2007.



Riedstädter Sicherheitskonzept: Die beiden hinteren Gebäude werden – entlang des Sportfeldes – durch eine 6 Meter hohe Mauer verbunden. Der Klinikneubau wird im Abstand von 5 Metern von einem 3,50 Meter hohen Stahlgitterzaun umschlossen. Foto: Plischke-Lühring-Architekten

Forensik Riedstadt nun eigenständiger Betriebszweig

Im Riedstädter ZSP Philippshospital wird für die neu zu errichtende Klinik für forensische Psychiatrie ein eigenständiger Betriebszweig gebildet. Durch den in der Oktobersitzung gefassten Beschluss der Verbandsversammlung können die weiteren planerischen und organisatorischen Schritte zum Bau der Klinik abgearbeitet werden, in der ab Ende 2009 bis zu 162 psychisch kranke Rechtsbrecher gesichert untergebracht

und therapiert werden sollen. LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann unterstrich, dass mit dem Votum der Verbandsversammlung nun neben den bereits laufenden Bauplanungen auch die organisatorischen und personellen Planungen anlaufen können: „Durch Auswahlverfahren wollen wir sobald wie möglich die ärztliche und die pflegerische Leitung der künftigen forensischen Klinik besetzen. Deren Aufgabe

wird es sein, die weiteren Planungsprozesse fachlich zu begleiten und das therapeutische Konzept der neuen Klinik zu erarbeiten.“ Auch gehe es darum, Kriterien für die Rekrutierung des Personals aufzustellen und Programme zu deren Schulung und Qualifizierung zu entwickeln. „Neben den baulichen Vorkehrungen liegt in einem kompetenten und qualifizierten Personalkörper der Schlüssel für den sicheren Betrieb der Klinik“, unterstrich der LWV-Chef. Auch solle die neu berufene Klinikleitung möglichst frühzeitig in die Arbeit des Forensikbeirates eingebunden werden. Bereits zuvor waren die Bauplanungen dem Forensikbeirat vorgestellt worden. Der Entwurf sieht die Errichtung vier dreigeschossiger, miteinander verbundener Gebäude auf einer Grundfläche von etwa 110 mal 120 Metern vor. Während im Erdgeschoss Werkstätten und Wirtschaftsräume vorgesehen sind, sollen im ersten Stock Patientenzimmer um mehrere Innenhöfe gruppiert werden. Inzwischen hat der Lenkungsausschuss der Vorentwurfsplanung zugestimmt. LWV und Sozialministerium, welches die Bauherreneigenschaft für das Projekt übernommen hat, rechnen mit einem Kostenrahmen von 37,2 Mio. Euro für den Bau der Klinik. (jda)

Entwicklungsplan für Standort Homberg beschlossen

Die LWV-Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung im Oktober einen baulichen Entwicklungsplan für den LWV-Standort in Homberg/Efze beschlossen, der den notwendigen Umstrukturierungen vor Ort Rechnung trägt.

Zum LWV-Standort in Homberg gehören neben der Hermann-Schafft-Schule eine Wohngruppe und die Schlossbergschule des Sozialpädagogischen Zentrums Wabern-Homberg. Die Hauptstufe der Schlossbergschule, einer Schule für Erziehungshilfe, wird nach Wabern umziehen. Die Hermann-Schafft-Schule, bislang Schule für Hörgeschädigte, hat seit Beginn des Schuljahres ebenfalls einen Schulzweig für Sehbehinderte. Die Hermann-Schafft-Schule soll künftig als gebundene Ganztagschule geführt werden. Diese Veränderung erfordert eine Reihe von Umstrukturierungsmaßnahmen, sowohl bezüglich der Kapazität als auch bezüglich einer behindertengerechten Nutzung. In zwei Stufen sollen

Neu- und Umbaumaßnahmen erfolgen, die gemeinsam mit den Nutzern erarbeitet wurden. So ist etwa ein Anbau an das Schlossbergschulgebäude, der Neubau einer kombinierten Mensa/Cafeteria mit Verteilerküche sowie zahlreiche Umbauten zur Barrierefreiheit geplant.

Begonnen wird noch in diesem Jahr mit der Planung des Mensa-/Cafeterianeubaus und dem Umbau des Hauses 2 für die sehbehinderten Schüler/innen. Die Gesamtbaumaßnahmen dauern voraussichtlich bis 2013. Das erfordert von Schülern, Mitarbeitern und Eltern, so Landesdirektor Uwe Brückmann in der Verbands-

versammlung, viel Geduld, für die er ihnen heute schon danke. Die geschätzten Gesamtkosten in Höhe von rd. 5,44 Mio. Euro werden aus Mitteln der Schulbaupauschale des Landes Hessen finanziert. (rvk)

Teil der umfangreichen Baumaßnahmen: Das Gebäude der Hermann-Schafft-Schule.

Foto: LWV-Pressestelle





Jubiläum gefeiert: Gäste der kinder- und jugendpsychiatrischen Institutsambulanz Wiesbaden während eines Vortrages.

Foto: ZSP Rheinblick

Stürmisches Wachstum: Institutsambulanz wird 25 Jahre

Ihr 25-jähriges Bestehen beging im Oktober die Institutsambulanz der Klinik Rheinhöhe in Wiesbaden. Während am Vormittag Experten in der Außenstelle der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik zu Gast waren und zu fachlichen Themen berieten, hatten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Nachmittag zum „Tag der offenen Tür“ eingeladen. Für junge wie auch reifere Gäste wurden dort ebenfalls Informationsveranstaltungen mit interessanten Fachvorträgen angeboten. „Einsatz von Psychopharmaka für Kinder“, „Lern- und Rechtschreibschwäche – Wie können Eltern Kindern helfen?“ oder „Handwerkszeug der Systemischen Familientherapie“ – zu allen Vorträgen fanden sich interessierte Zuhörer ein. Wem es im Vortragssaal zu ernst zuging, konnte sich mit Kurzweiligerem beschäftigen. Zwei Clowns sorgten für die Unterhaltung der jungen Gäste. Ein kunsttherapeutischer Workshop widmete sich dem Thema „Gemeinsames Gestalten von Holzskulpturen im Garten“, dort konnten Kinder aktiv ihre Kreativität unter Beweis stel-

len. Für viele der Kinder war sicherlich der Ballonweitflugwettbewerb das Highlight der Veranstaltung. Die Wiesbadener Institutsambulanz existiert seit 1981. Damals bestand das Personal aus einer Ärztin, einer Psychologin und einer Sekretärin. Im ersten Jahr wurden rund 40 Patienten behandelt. Wachsende Behandlungszahlen zogen eine vergrößerte Mitarbeiterschaft nach sich, neue Fachrichtungen kamen hinzu. Gleichzeitig wuchsen auch diagnostische und therapeutische Möglichkeiten. Heute beschäftigt die Institutsambulanz 16 Mitarbeiter, im Jahr 2005 wurden rund 1.000 Patienten behandelt. Aus Platzgründen wurde die Ambulanz 1999 von der Alexandrastraße in die Eberleinstraße verlegt. In der Ambulanz werden von frühkindlichen Interaktionsstörungen über neurotische Fehlentwicklungen und Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom bis hin zu Psychosen alle Störungsbilder vom Säuglingsalter bis ins frühe Erwachsenenalter behandelt. (ale)/(jda)

Gesundheitsreform: Einschnitte bei Kliniken

Rund 160 Krankenhäuser in Hessen, darunter auch Kliniken des LWV, haben im Dezember und in den Wochen davor auf die Folgen der geplanten Gesundheitsreform für die medizinische Versorgung der Bürger und Patienten aufmerksam gemacht. Gemeinsames Ziel der Aktionen, zu denen neben der Hessischen Krankenhausgesellschaft (HKG) weitere Organisationen des Gesundheitswesens aufgerufen hatten, war es, eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung zu verhindern. Einer Pressemitteilung der HKG zufolge sei die flächendeckende Versorgung der Patienten – bisher Qualitätsmerkmal des deutschen Gesundheitswesens – gefährdet, wenn das Wettbewerbsstärkungsgesetz für die gesetzliche Krankenversicherung in der vorliegenden Form verabschiedet werde. Statt die von den Krankenhäusern unverschuldeten Finanzierungslücken zu schließen, sehe die Reform weitere Budgetkürzungen vor. Die Unterfinanzierung der Kliniken würde sich verschärfen, es drohten auch in Hessen Krankenhausinsolvenzen, Personalabbau in den Kliniken und eine einschneidende Verschlechterung der Patientenversorgung.

In der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Gießen sieht man – im Zusammenwirken mit den Tarifabschlüssen und der Mehrwertsteuererhöhung – jährliche Mehrbelastungen von über 1 Mio. Euro auf sich zukommen. Das ZSP Philippshospital in Riedstadt beziffert die Kosten der Gesundheitsreform für die Klinik mit rund 500.000 Euro. Betriebsleiter Kurt Ernst befürchtet, dass es an die grundsätzlichen Strukturen im Gesundheitswesen gehe. (jda)

Keine Wortmeldungen

In der Rubrik „Wortmeldungen“ äußern sich die Fraktionen der Verbandsversammlung regelmäßig zu aktuellen, den LWV betreffenden Themen. Zu Beginn der neuen Wahlperiode haben sich die Selbstverwaltungsgremien, so auch die Fraktionen, neu konstituiert. Aus diesem Grund entfallen die Wortmeldungen für diese Ausgabe. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser um Verständnis. (jda)

Innovative Projekte verändern die Gemeindepsychiatrie

Unter dem Motto „Es geht auch anders“ fand im Oktober in Bad Nauheim eine mit mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut besuchte Fachtagung statt. Einrichtungen der Behindertenhilfe aus fünf hessischen Regionen sowie der LWV stellten der Fachöffentlichkeit drei Projekte vor, deren Ziel es ist, das Paradigma „Personenzentrierte Hilfen“ unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen in die Praxis umzusetzen. Im Mittelpunkt der Tagung standen Erfahrungen, die bisher in der täglichen Arbeit der Projekte gemacht werden konnten. Während im herkömmlichen System der Behindertenhilfe die Institution Heim im Zentrum des Versorgungsangebots stand und sich der hilfebedürftige Mensch bei der Inanspruchnahme von Hilfeleistungen an die vorgehaltenen Angebote anpassen musste, rückt unter dem Paradigma „Personenzentrierte Hilfen“ die hilfebedürftige und dadurch leistungsberechtigte Person mit ihren individuellen Zielen in den Fokus. Am individuellen Hilfebedarf – unter Berücksichtigung auch der vorhandenen persönlichen Ressourcen und Lebensweltbezüge – soll sich die Hilfe passgenau und zielgerichtet ausrichten. Dies erfordert neben einer grundlegenden Veränderung in der Haltung gegenüber der leistungsberechtigten Person eine Fülle praktischer und organisatorischer Veränderungen der täglichen Arbeit. Wie dies im Einzelnen aussehen kann, wurde während der Tagung am Beispiel der Modellprojekte vor- und zur Diskussion gestellt. (jda)

| Die Ergebnisse der Tagung sind im Internet dokumentiert: www.esgehtauchanders.info



Aktives Tagungsplenum: Teilnehmer der zweitägigen Veranstaltung in Bad Nauheim.

Foto: Matthias Thorwesten

Modellprojekt „Wohnen“

Mit den Vogelsberger Lebensräumen und dem Behindertenwerk Main-Kinzig e. V. erprobt der LWV seit vier Jahren die Gestaltung von Hilfen für Menschen mit seelischer Behinderung aus einer konsequent personenzentrierten Perspektive. Bisher übliche Unterschiede zwischen stationären und ambulanten Hilfeformen wurden aufgehoben, den Leistungsanbietern steht für ihre Arbeit ein pauschaliertes Budget zur Verfügung. Während der Tagung wurde der Status Quo vorgestellt: Organisatorische Veränderungen wurden abgeschlossen, auch haben sich Haltungen bei den professionellen Helfern geändert. Der „Integrierte Behandlungs- und Rehabilitationsplan“ (IBRP) wird zum entscheidenden Instrument individueller Lösungen. In einigen Fällen ist es gelungen, durch passgenaue Leistungen dauerhaft kostenintensivere Hilfen zu vermeiden. (jda)

Modellprojekt „Zentrum Biebesheim“

Das Projekt – beim Sozialpsychiatrischen Verein Kreis Groß-Gerau e. V. angesiedelt – zeichnet sich dadurch aus, dass Leistungen der Tagesstätte, des Betreu-

ten Wohnens, der Wohnheime und der Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstelle im Sinne eines Psychosozialen Zentrums auf Grundlage einer integrierten individuellen Hilfeplanung erbracht werden. Damit geht das Projekt über den Leistungsbereich „Wohnen“ hinaus, arbeitet aber ebenfalls auf der Grundlage eines personenzentrierten Ansatzes. Auch erfolgt die Finanzierung durch ein verhandeltes Budget ohne Einzelabrechnung. (jda)

Modellprojekt „Leistungsfinanzierung“

Personenzentrierte Hilfen sind letztlich nur möglich, wenn der Individualisierung der Leistungen auch die Individualisierung der Finanzierung folgt. Im Unterschied zu den oben erwähnten Budget-Lösungen wird hier auf Initiative des LWV eine Form der Vergütung entwickelt und erprobt, die exakt auf den im Hilfeplan vereinbarten prospektiven Leistungen für den einzelnen behinderten Menschen beruht. Das Projekt, an dem der Evangelische Verein für Innere Mission in Nassau, das Diakonische Werk Wetterau, die Werkgemeinschaft Rehabilitation Wiesbaden e. V. und das ZSP Rheinblick teilnehmen, zeigt modellhaft eine Finanzierungsform, die nicht mehr einrichtungsbezogen von Plätzen und Tagesentgelten bestimmt ist, sondern Preise bereichsübergreifend und einzelfallbezogen ermittelt. (jda)

Es ging auch anders (v. l.): Jochen Grzybek, Barbara Hase, Renate Pfautsch, Christine Baldt, Gerhard Kronenberger, Anemone Gabler-Schröter, Eckhard Sandrock, Harry Bernadis und Halgard Bestelmeyer-Grommet gehörten zum Organisationsteam der Tagung.

Foto: Matthias Thorwesten



Neue Wege in der Behindertenhilfe – Individuelle Hilfeplanung und die dazu passende Finanzierung

Im Mittelpunkt der Bemühungen des LWV steht der behinderte Mensch mit seinem individuellen Hilfebedarf und seinem Anspruch auf Selbstverwirklichung. Das Ziel, diese Hilfen möglichst passgenau zu erbringen, ist leider noch nicht überall gängige Praxis. Mit den dargestellten Projekten verfolgt der LWV die Verbreitung des individuellen, personenzentrierten Ansatzes in der Behindertenhilfe. Die Hilfeplanung, so wie sie in den Projektregionen erfolgt, bezieht die Hilfebedürftigen in die Hilfeplanung ein. Sie erfolgt transparent und verständlich. Berücksichtigt werden dabei qualitative und quantitative Aspekte. Im Zentrum der qualitativen Hilfeplanung steht die Zielorientierung, die sich auf die angestrebte Lebensform (allgemeine Ziele: Wohnform, Arbeits-

form, Tages- und Freizeitgestaltung) und konkrete Teilziele hinsichtlich eines Kompetenzerwerbs oder der Sicherstellung ausgleichender Hilfen bei (noch) nicht ausreichender Eigenkompetenz. Dabei ist es wichtig, die Ziele so genau zu formulieren, dass sie überprüfbar sind. Sowohl bei der Zielformulierung als auch bei der Leistungsbeschreibung zur Zielerreichung kommt man zwangsläufig zur quantitativen Seite der Hilfeplanung: Bis wann soll das Ziel erreicht sein und wie bemesse ich die einzelnen Leistungen? Diese Transparenz der individuellen und passgenauen Leistungen soll sich auch in der Finanzierung widerspiegeln, damit u. a. auch der Klient sie nachvollziehen kann. Leider ist aber in weiten Teilen das heutige Finanzierungs- und Vergü-

tungssystem in der Behindertenhilfe noch nicht kompatibel mit der neuen Form der individuellen Hilfeplanung und -erbringung. Benötigt wird eine Finanzierungssystematik, die es im Unterschied zu pauschalen Pflegesätzen für verschiedene Bedarfsgruppen ermöglicht, die Hilfen für die einzelnen Personen ganz auf deren individuellen Bedarf transparent und einheitlich zu quantifizieren und zu vergüten. Mit dem Projekt „Leistungsfinanzierung“ im Wetteraukreis und in der Landeshauptstadt Wiesbaden, das bis Ende 2007 läuft, erproben wir gerade, wie die individuelle Hilfeplanung mit der Verpreislichung der Leistungen verknüpft werden kann. Die ersten Resultate zeigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Evelin Schönhut-Keil

Tagesaufenthaltsstätten: Arbeit gesichert



Tagesaufenthaltsstätte „Berberitze“ in Fritzlar.

Foto: Albrecht Rehs

Für 2006 erhalten die insgesamt 42 hessischen Fachberatungs- und Tagesaufenthaltsstätten für nichtsesshafte Menschen eine Förderung von rund 9 Mio. Euro. In Fortführung der bisherigen Förderpraxis fasste der Verwaltungsausschuss des LWV einen solchen Beschluss im Oktober. „Im Leben dieser Menschen gab es – selbstverschuldet oder durch äußere Einflüsse – einen Bruch, der sie aus ihrer Normalität herauswarf, in die sie nicht wieder

zurückfinden oder zurückfinden wollen. Mit der wichtigen und unverzichtbaren Arbeit der Beratungs- und Tagesaufenthaltsstätten reichen wir den betroffenen Menschen eine Hand zur Rückkehr in die Gesellschaft“, sagte LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann. Die LWV-Förderung macht rund 88 % des Budgets der Anlaufstellen aus.

Dabei seien es häufig zunächst die kleinen Hilfen, die angenommen würden: „Wenn alles fehlt, ist schon ein bescheidenes Angebot, sei es eine sättigende Mahlzeit, ein helfendes Gespräch oder eine warme Dusche, eine gern ange-

nommene Unterstützung“, unterstrich der LWV-Chef. Wenn erst einmal Vertrauen entstanden sei, wachse auch die Bereitschaft zur weitergehenden Integration. Brückmann dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Anlaufstellen, zu denen auch viele ehrenamtlich tätige Helfer gehören, für ihren engagierten Einsatz.

In den Fachberatungs- und Tagesaufenthaltsstätten, die in Hessen überwiegend von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege betrieben werden, können die Betroffenen schnell und unbürokratisch verschiedene Hilfeleistungen in Anspruch nehmen. Dazu zählen beispielsweise die Beschaffung eines Schlafplatzes, Aufenthaltsmöglichkeiten, medizinische Versorgung, Essenausgabe und Wohnraumvermittlung in ein Wohnheim oder in das Betreute Wohnen. Die Mitarbeiter der Einrichtungen helfen den wohnungslosen Menschen auch in weiterführenden Angelegenheiten, z. B. beim Kontakt mit Behörden. Das Hauptziel der Einrichtungen ist, die betroffenen Menschen auf ihrem Weg zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu unterstützen. (jda)

Hadamarer Busgarage: Einzigartiges Zeugnis der NS-„Euthanasie“-Verbrechen



Authentische Aufwertung der Gedenkstätte: Die wiederrichtete Busgarage in Hadamar.

Foto: Birgit Weidner

In einer Gedenkveranstaltung ist im September der Wiederaufbau der ehemaligen „T4“-Busgarage in der Gedenkstätte Hadamar gewürdigt worden. Der LWV als Träger des Erinnerungsortes konnte das einzige noch erhaltene Gebäude dieser Art vor dem endgültigen Verfall retten und so ein „einzigartiges Zeugnis der Transporte der NS-„Euthanasie“-Morde“ bewahren,

sagte LWV-Beigeordneter Dr. Peter Barkey bei der von mehr als 100 Gästen besuchten Veranstaltung. Ausdrücklich dankte Dr. Barkey den Vertretern der Institutionen, die die Wiedererrichtung der Busgarage mit insgesamt mehr als 100.000 Euro gefördert hatten. Nur mit ihrer Hilfe habe das Gebäude, das nach Kriegsende auf den Gutshof der ehemaligen Anstalt ver-

setzt und jahrzehntlang als Scheune genutzt worden sei, abgetragen, restauriert und nahe am ursprünglichen Standort wieder aufgebaut werden können. Der authentische Gedenkort Hadamar erfahre durch die Busgarage eine wesentliche Aufwertung, hob Dr. Georg Lilienthal, Leiter der Gedenkstätte, hervor. Das historische Gedenkstättenensemble bestehe nun aus drei Elementen: der Busgarage, den Kellerräumen mit den Relikten der Tötungsanlage und dem Friedhof. Solche „materiellen Zeugnisse“ brächten für die pädagogische Arbeit eine neue Qualität, da sie helfen würden, die mit dem Tod der Zeitzeugen und dem zeitlichen Abstand wachsende Distanz zur Vergangenheit zu überbrücken.

Am Gebäude informieren 6 Informationstafeln über die NS-„Euthanasie“-Verbrechen und die Bedeutung der Busgarage. Jeweils eine Tafel ist in englischer, russischer und in leichter Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten verfasst. Damit werden auch Gäste informiert, die die Gedenkstätte außerhalb der Öffnungszeiten besuchen. (jda)

Förderer des Projektes „Wiederherstellung Busgarage“

- Bundesrepublik Deutschland, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien, Berlin
- Land Hessen, Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Wiesbaden
- Land Hessen, Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden
- Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main
- Sparkassen-Giroverband Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main

Instrument der „T4-Aktion“

In hölzernen Busgaragen waren während der ersten Mordphase im Jahr 1941 in den reichsweit insgesamt sechs „Euthanasie“-Tötungsanstalten die berüchtigten grauen Busse der „Gemeinnützigen Krankenhaus-Transport-GmbH (Gekrat)“ stationiert. Die Garage in Hadamar konnte drei dieser Busse aufnehmen, mit denen Patientinnen und Patienten aus den so genannten Zwischenanstalten nach Hadamar transportiert wurden. Zunächst dienten die Garagen als Unterstand für die Busse. Später durften die Patienten die Busse nur im Innern der nicht einsehbaren Garage verlassen, um sie vor fremden Blicken abzu-

schirmen und ihnen die Gelegenheit zur Flucht zu nehmen. Ins Hauptgebäude führte ein Schleusengang. Nur wenige Stunden nach der Ankunft wurden die Menschen auf grausame Weise in der Gaskammer ermordet. Die sog. „T4-Aktion“, benannt nach dem Sitz der Verwaltungszentrale der Gasmordaktion in der Berliner Tiergartenstraße 4, war der erste vom NS-Regime organisierte Massentod, dem zwischen 1940 und 1941 rund 70.000 Menschen zum Opfer fielen, davon über 10.000 allein in der Tötungsanstalt Hadamar. (jda)

„Jeder Mensch verdient Schutz“

Opfer aus ihrer Anonymität befreien, in die sie von den Nazis und ihren Helfern gestoßen wurden – dies war das Ziel einer Gedenkveranstaltung im ZSP Philipppshospital Riedstadt, ebenfalls auf den 1. September, den Tag, an dem der II. Weltkrieg begann, datiert. Amalie war eine von vielen Patientinnen der damaligen Heilanstalt, die im Dezember 1944 ihr Leben ver-

loren, weil sie dem NS-Regime als „lebensunwert“ galten. Ihre Biografie wurde von Schülern des Gymnasiums Gernsheim in Erinnerung gerufen. Maren Müller-Erichsen, stellvertretende Bundesvorsitzende der Lebenshilfe, schlug den Bogen zur Gegenwart: Auch in unserer heutigen Gesellschaft gäbe es Selektions- und Auslesedenken. (jda)



Gedenkstunde im Philipppshospital. Foto: Michael Spallek



Beim Rundgang (v. l.): Krankenpflegedirektor Dieter Sommer, Landtagsabgeordneter Dr. Walter Lübcke, Sozialministerin Silke Lautenschläger, LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann und (im Hintergrund) die künftige Leiterin der Klinik für forensische Psychiatrie, Birgit von Hecker

Foto: Michael Grün

Sozialministerin Lautenschläger besucht ZSP Kurhessen

Die Hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger besuchte im September das ZSP Kurhessen in Bad Emstal-Merxhausen. Ministerin Lautenschläger informierte sich bei einem Rundgang gemeinsam mit dem örtlichen Landtagsabgeordneten Dr. Walter Lübcke und Bad Emstals Bürgermeister Ralf Pfeiffer über das ZSP und dessen Leistungen. LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann und Mitarbeiter der verschiedenen ZSP-Betriebszweige begleiteten die Gäste.

„Als zukunftsorientiertes Dienstleistungsunternehmen, das wie alle unsere

Einrichtungen ab dem nächsten Jahr als gGmbH geführt wird, arbeitet die Einrichtung daran, noch klientenreicher und zugleich wirtschaftlich zu arbeiten. So will das ZSP sich als **das** Zentrum für mentale Gesundheit und Rehabilitation seinen Platz auf dem Gesundheitsmarkt der Region sichern. Wir hoffen, dass die Landesregierung uns auf diesem Weg weiter unterstützt“, so LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann.

Nach einem Gespräch mit Landesdirektor Brückmann und Mitarbeitern des

Zum Zentrum für Soziale Psychiatrie Kurhessen gehören derzeit folgende Betriebszweige:

- Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen in Bad Emstal/Kassel
- Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters in Kassel
- Wohn- und Pflegeheim für Menschen mit seelischer Behinderung
- Heilpädagogische Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung
- Rehabilitationseinrichtungen für psychisch kranke und suchtkranke Menschen
- Sozialpädagogisches Zentrum Wabern-Homburg

Die forensische Klinik für suchtkranke Rechtsbrecher befindet sich als weiterer Betriebszweig im Aufbau. Zum Zentrum gehört außerdem eine Schule für Krankenpflege. (rvk)

ZSP über das Zentrum mit seinen derzeit sieben eigenständigen Betriebszweigen, seinen Leistungen und zukünftigen Planungen besichtigte Sozialministerin Lautenschläger zunächst die Baustelle, wo derzeit die Klinik für forensische Psychiatrie errichtet wird. In dem Neubau, mit dessen Fertigstellung Anfang des Jahres 2007 gerechnet wird, entstehen 84 Behandlungsplätze für suchtkranke Rechtsbrecher. Im Anschluss daran besuchte die Sozialministerin eine gerontopsychiatrische Station und informierte sich über die Versorgung älterer Menschen mit unterschiedlichen Krankheitsbildern von Depression über Demenz bis Alzheimer. (rvk)

Wichtige Beratungs- und Anlaufstellen werden gefördert

Die wichtige Arbeit der hessischen Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstellen (PSKB) kann auch in diesem Jahr fortgesetzt werden. Aufgrund eines Beschlusses des LWV-Verwaltungsausschusses erhalten die Anlaufstellen für psychisch kranke und behinderte Menschen eine Förderung von rund 2,2 Mio. Euro.

Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen stehen Menschen, die unter psychischen Krankheiten und unter seelischen Problemen leiden sowie deren Angehörigen zur Verfügung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PSKB beraten und begleiten die betroffenen

Personen bei Krisen, Ängsten, Zwängen und Depressionen. In den Anlaufstellen werden den Betroffenen weiterführende Hilfestellungen vermittelt und Unterstützung im Umgang mit Behörden gegeben. „Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen sind ein elementarer Bestandteil des Konzeptes der gemeindenahen Psychiatrie. In vielen Fällen sind sie als niedrigschwelliges Angebot bei einer psychischen Erkrankung erste Anlaufstelle für Betroffene, aber auch für Familienangehörige. Ebenso stehen sie den Betroffenen nach einem teils oder vollstationären Aufenthalt zur Seite“, sagte LWV-Landesdirektor Uwe

Brückmann, der die präventive und nachsorgende Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den PSKB ausdrücklich lobte. Er freue sich, dass es trotz der schwierigen Finanzsituation der öffentlichen Hände gelungen sei, die Förderhöhe des vergangenen Jahres beizubehalten. In allen Regionen Hessens stünden betroffenen Bürgerinnen und Bürgern professionell arbeitende Anlaufstellen in kommunaler Trägerschaft oder in Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege zur Verfügung. Vera Zeich/(jda)



Die LWV-Einrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zu einer menschlichen Gesellschaft. Hier unterstützt Katharina Walter, Gesundheits- und Krankenpflegeschülerin im Waldkrankenhaus Köppern, eine Patientin.

Foto: Dieter Becker

Beteiligungsbericht: Unternehmenszweck erfüllt, solide gewirtschaftet

Der LWV war im Jahr 2005 an insgesamt 15 Unternehmen beteiligt, die zusammen über ein Stammkapital von 25,5 Mio. Euro verfügen. An fünf gemeinnützigen GmbHs hält er eine 100 %-Beteiligung, an einer weiteren ist er mit 1,18 % am Kapital beteiligt. Neun Unternehmen werden als Eigenbetrieb nach öffentlichem Recht geführt. Über seine 15 Gesellschaften und Eigenbetriebe ist der LWV an weiteren 16 Unternehmen mit Geschäftsanteilen in Höhe von 240.000 Euro indirekt betei-

ligt. Der vom Fachbereich Einrichtungen der Hauptverwaltung zum 9. Mal herausgegebene Beteiligungsbericht stellt zentrale Daten und Zahlen zur LWV-Unternehmensgruppe bereit. Sie geben einen quantitativen wie auch einen qualitativen Einblick in die ökonomische Situation der Zentren für Soziale Psychiatrie und der anderen Betriebe. Der Bericht kommt zum Ergebnis, dass die Unternehmen, an denen der LWV beteiligt ist, ihren öffentlichen Zweck in vollem Umfang erfüllt haben. Wichtig

auch für den Träger: Die Beteiligungen hatten keine Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des LWV. Da die Unternehmen solide wirtschafteten, benötigten sie – wie in den vergangenen Jahren auch – keine Zuführungen aus dem LWV-Budget. Diesen Trend bestätigen die Kennzahlen aus der Unternehmensanalyse, die in einem „Superindikator“ verdichtet werden. Hier liegen für 2005 von ZSP zu ZSP voneinander abweichende Ergebnisse vor, die auch mit Spezifika der jeweiligen Rechnungsperiode zusammenhängen. Insgesamt aber gilt: Die Bestandsicherheit der Unternehmen hat sich im Durchschnitt weiter leicht verbessert. Der Superindikator kletterte 2005 auf 12,0 Punkte, nachdem er im Jahr zuvor noch bei 11,0 und 2003 bei nur 7,7 Punkten gelegen hatte. Das bedeutet im Schnitt „befriedigende Bestandssicherheit“. Die gegenwärtig laufende Umwandlung der neun Eigenbetriebe in gGmbHs und die Bildung einer Holding haben das Ziel, die Bestandsicherheit der Unternehmensgruppe für die Zukunft zu verbessern.

Während der LWV bereits seit neun Jahren jährlich einen Beteiligungsbericht erstellt, wurde mit Änderung der Hessischen Gemeindeordnung inzwischen eine solche Berichterstattung zur Pflicht. Über die gesetzliche Verpflichtung hinaus nimmt der Beteiligungsbericht des LWV auch Daten zu den Unternehmen auf, die in öffentlicher Rechtsform geführt werden und bei denen die Beteiligung weniger als 20 % beträgt. (jda)

„Jeder Tag ein Gewinn“



Hofgut Schnepfenhausen

Foto: Rüdiger Klees

Seit zehn Jahren gibt es in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie (KPP) des ZSP Am Mönchberg in Hadamar einen niederschweligen Drogenentzug. Vor bereits 20 Jahren wurde im damaligen Psychiatrischen Krankenhaus eine Entzugsstation für Drogenabhängige eingerichtet. Heute im Hofgut Schnepfenhausen untergebracht, verfügt sie über ideale Bedingungen für die Behandlung ihrer Patienten, wie ZSP-Betriebsleiter Jörg Bühring anlässlich einer Feierstunde beider Jubiläen hervorhob. Mit Eröffnung des Hofgutes habe man neue, innovative Wege eingeschlagen, skizzierte der langjährige stellvertretende Ärztliche Direktor der KPP, Dr. Hartmut

Meusch, die Anfänge des Drogenentzugs in Hadamar und die Überlegungen zur Neugestaltung eines niederschweligen Angebotes. Beim Aufbau der neuen Station habe man seinerzeit neben den eigenen Erfahrungen auf die Ergebnisse einer LWV-Arbeitsgruppe zur Psychiatrieplanung zurückgreifen können. Im Oktober 1996 wurde das umgebaute Hofgut Schnepfenhausen für das neue Konzept eines Drogenentzugs in Betrieb genommen. Das Hofgut wird seitdem als Station der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie geführt und verfügt über 15 Behandlungsplätze. Vera Zeich/(jda)



Die Teilnehmer der 11. Bundesfachtagung der BAG während eines Fachvortrages.

Foto: ZSP Rehbergpark gGmbH

„Sind wir die besseren Eltern?“

Mit einem klaren Nein löste Dr. Matthias Wildermuth, Ärztlicher Direktor der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik in Herborn, gleich zu Beginn seines Vortrages eine eher rhetorisch zu verstehende Frage auf, mit der die 11. Bundesfachtagung der BAG der Mitarbeiter des Pflege- und Erziehungsdienstes der kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken und Abteilungen überschrieben war. Professionelle Helfer in der Jugend- und Kinderpsychiatrie können die Eltern nicht ersetzen, sondern sollen sie unterstützen. Die Arbeit der Kinder- und Jugendpsychiatrie solle den Eltern dazu verhelfen, ihre Elternrolle ausfüllen zu können. Das wiederum

ermögliche psychisch erkrankten Kindern eine größtmögliche Normalität und erleichtere ihnen die Rückkehr in den Alltag. Anschließend illustrierte Wildermuth Betreuungsarbeit und Problembewältigungsstrategien an Fallbeispielen.

Im Oktober kamen rund 280 Teilnehmer aus ganz Deutschland und Luxemburg in die Herborner Rehbergklinik, um an der bisher größten Bundestagung in der Geschichte der BAG seit Gründung in 1995 teilzunehmen. Krankenpflegedirektor Gerhard Förster, seine Stellvertreterin Bettina Georg und zahlreiche weitere Helfer trugen durch ihre umsichtige Tagungsorganisation dazu bei, dass die Tagungsgäste nicht abreisten, ohne den Veranstaltern ein dickes Lob ausgesprochen zu haben.

Neben viel Fachlichem stand auch die kritische Würdigung der jüngsten Gesundheitsreformen auf der Agenda. Mit den erneut auferlegten Einsparungen könne das Behandlungsniveau kaum gehalten werden, waren sich die Teilnehmer sicher. Die weiteren Fachvorträge wandten sich den Themen: „Internetspiele und ihre Gefahren“, „Elternarbeit auf einer Therapiestation“ und „Elternarbeit, Rollenerwartung, Verteilung“ zu. Insgesamt 14 Workshops wurden angeboten, die sich mit Themen wie „Praxisorientierter pädagogischer Elternarbeit“, „Gewalt und Aggression“ und mit „Eltern-Coaching“ beschäftigten. 2007 trifft man sich in Nürnberg zur 12. Bundesfachtagung. (ale)/(jda)

„HOPPLA“: Titel verteidigt

Die Schülerzeitung „HOPPLA“ der Rehbergsschule Herborn bleibt eine der besten Schülerzeitungen Hessens. Mit der dritten Ausgabe gelangte die Herborner Redaktion beim Hessenentscheid in der Kategorie „Beste hessische Schülerzeitung“ aus Sonder- und Förderschulen bereits zum zweiten Mal auf Platz 1. In der Kategorie „Bester Einzelartikel“ aller Schulformen konnte Autorin Anna einen zweiten Platz erringen. Ein guter Grundstein also, um beim Bundesentscheid im nächsten Juni erneut vordere Plätze zu belegen. Hier war HOPPLA im Vorjahr auf dem dritten Platz gelandet. Vera Zeich/(jda)

Drei Fragen an den Experten



Peter Kraushaar, Regionalmanager im Zielgruppenmanagement für Menschen mit einer geistigen Behinderung.

Foto: André Letzing

„Sozialhilfe für Deutsche im Ausland“

LWV-Info: Nach einer öffentlichen Missbrauchsdebatte („Florida-Rolf“) wurde 2004 die gesetzliche Grundlage, nach der im Ausland lebende Deutsche Sozialhilfeleistungen erhalten können, geändert. Wie sieht die neue Gesetzeslage aus?

Kraushaar: Nach dem neuen Gesetz erhalten deutsche Staatsbürger, die sich im Ausland aufhalten, grundsätzlich keine Sozialhilfeleistungen mehr. Als Ausnahme gilt, wenn eine außergewöhnliche Notlage vorliegt und die betroffene Person aus einem von vier Gründen nicht nach Deutschland zurückkehren kann: Bei Pflege eines Kindes, das aus rechtlichen Gründen im Ausland bleiben muss, bei schwerer Pflegebedürftigkeit, bei einer längerfristigen stationären Betreuung in einer Einrichtung oder aus Gründen von hoheitlicher Gewalt (z. B. Inhaftierung).

LWV-Info: Welche Erfahrungen haben Sie mit dem neuen Gesetz gemacht?

Kraushaar: Es werden weiterhin Anträge gestellt, die meisten müssen wir aber aufgrund des neuen Gesetzes ablehnen, da das Gesetz nur bei Vorliegen der beschriebenen Ausnahme einen Ermessensspielraum einräumt. Gegen unsere Ablehnung wird nicht selten der Rechtsweg beschritten, die Arbeit ist also nicht weniger geworden.

LWV-Info: Hat sich die neue Gesetzeslage bewährt?

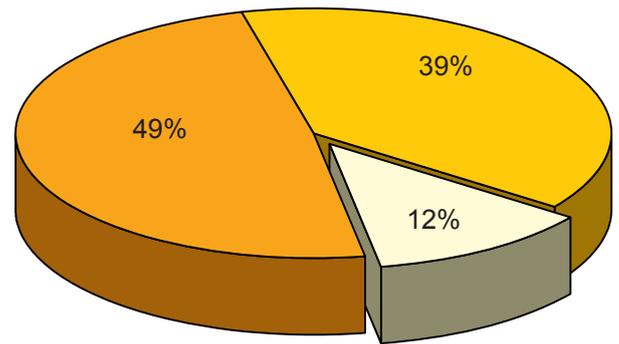
Kraushaar: Das Gesetz gibt eine klare Regelung vor, d. h. es nennt konkret nachprüfbar Kriterien, die bei einer Leistungsgewährung vorliegen müssen. Das Gesetz unterstreicht den Grundsatz, dass Sozialhilfeleistungen nur im Inland erbracht werden und lässt nur eng umrissene Ausnahmen zu. Konsequenter wäre es da, die Sozialhilfe für Deutsche im Ausland bis auf eine Übergangsregelung gänzlich aus dem SGB XII zu nehmen und durch eine Änderung des Konsulargesetzes Bundesmittel über das Auswärtige Amt und die Auslandsvertretungen zur Verfügung zu stellen.

Hilfen aus einer Hand – Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil informiert

Noch vor wenigen Jahren betreuten in Hessen neben der Hauptfürsorgestelle beim LWV 33 örtliche Fürsorgestellen Kriegsopfer und Hinterbliebene. Nun geht es einvernehmlich in Richtung Bürokratieabbau: In Kürze wird die Zahl der Städte und Landkreise, die ihre örtlichen Aufgaben durch eine Vereinbarung auf das LWV- Zielgruppenmanagement Kriegsopferfürsorge (Hauptfürsorgestelle) übertragen haben, auf 21 angewachsen sein. In diesen Gebietskörperschaften gilt dann für alle Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der Grundsatz „Hilfen aus einer Hand“ – mit dem LWV als alleinigem Ansprechpartner. Legt man die statistischen Daten für 2004 zugrunde, verbleiben noch rund 6,2 Mio. Euro Leistungsvolumen, das

von den örtlichen Trägern bewilligt wird. Die Hauptfürsorgestelle beim LWV bewältigt ein Finanzvolumen von knapp 25,3 Mio., für die Vereinbarungspartner kommen weitere 20,1 Mio. Euro hinzu. Damit werden rund 88 % der Leistungen in Hessen durch den LWV erbracht. Durch die Bündelung gewährleisten wir eine fachlich qualifizierte und zugleich effiziente Aufgabenerfüllung. Beschwerden durch Leistungsempfänger, die etwa auf die Aufgabenverlagerung zurückzuführen sind, hat es nicht gegeben. Vielmehr wird der

Anteile Bruttoausgaben KOF



Grafik: LWV-ZGM Kriegsopferfürsorge

■ LWV ■ Vereinbarungspartner □ Fürsorgestellen

gute Service der Mitarbeiter der Hauptfürsorgestelle durchweg anerkannt. Für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger wird es einfacher: Sie haben nur noch einen Ansprechpartner, Beratungsangebote können leicht und wohnortnah erreicht werden. In Frankfurt, Fulda und Marburg bietet der LWV regelmäßige Sprechstunden an.

Versorgungslücke geschlossen



Förderung für das Sankt Vincenzstift (v. l.): Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil; Dr. Caspar Söling, Direktor des Stiftes, und Dr. Elke Groß vom Diözesan-Caritasverband Limburg bei der Bescheidübergabe

Foto: Birgitt Wagner

In Friedberg-Fauerbach entsteht eine Wohneinrichtung mit 24 Plätzen, von denen zwölf für schwermehrfachbehinderte blinde Menschen vorgesehen sind. Gemeinsam überreichten Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil und der Staatssekretär im Hessischen Justizministerium, Dr. Thomas Schäfer, im Juli die Bewilligungsbescheide für LWV und Land Hessen. Der LWV fördert die Maß-

nahme, die mit Gesamtkosten von 2,2 Mio. Euro veranschlagt ist, mit 700.000 Euro.

710.000 Euro stellt das Land Hessen zur Verfügung. „Auch wenn wir den Ausbau ambulanter Angebote forcieren, wird es doch immer Menschen geben, die ein stationäres Angebot benötigen. So freuen wir uns, in Friedberg mit den stationären Plätzen eine

Versorgungslücke in der Region schließen zu können“, sagte Evelin Schönhut-Keil. Die Lebenshilfe Wetterau verfügt bereits über 16 Plätze im Betreuten Wohnen. Das neue Wohnheim mit tagesstrukturierendem Angebot erweitert die Palette für Menschen mit einer geistigen Behinderung um ein stationäres Angebot. Das Vorhaben geht auf gemeinsame Planungen von Lebenshilfe, LWV und dem Verein „Leben – na klar!“ zurück. Für Absolventen der Johann-Peter-Schäfer-Schule in Friedberg gibt es bislang kein ausreichendes Angebot. Die jungen mehrfachbehinderten blinden Menschen benötigen

eine intensive blindenspezifische Betreuung, die gewährleistet werden kann, wenn das Wohnheim in 2007 seine Türen öffnet.

Modernisierung im Vincenzstift

Dank Förderung des LWV kann die sicherheitstechnische Ausstattung des Sankt Vincenzstiftes in Rüdeshcim-Aulhausen auf den neuesten Stand gebracht werden. Die Gesamtkosten der unerlässlichen Modernisierung betragen rund 450.000 Euro. Davon finanziert der LWV durch sein Zielgruppenmanagement für Menschen mit geistiger Behinderung 200.000 Euro. Den Bewilligungsbescheid übergab Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil im September an Dr. Caspar Söling, Direktor des Sankt Vincenzstiftes. „Die Förderung dieser Maßnahme ist von großer Bedeutung, da mit ihr ein besserer Brandschutz in den Wohn- und Therapieräumen des Sonderpädagogischen Zentrums sichergestellt werden kann“, unterstrich die LWV-Beigeordnete beim Termin.

Vera Zeich/(jda)

„Geschärfter Blick für Schwächen und Schwache unserer Gesellschaft“

Der Vorrat an Cartoon-Bänden war rasch erschöpft und das schneller als erwartet: Phil Hubbe hatte die mitgebrachten Bücher – eines davon brandneu erschienen – jeweils mit einer individuellen Widmung für den Erwerber versehen. Wie im vergangenen Jahr wurde es während der Kasseler Museumsnacht phasenweise richtig eng im Ständehaus. Über 1.000 Besucher strömten in der lauen Septembernacht in die LWV-Zentrale, um über die 40 Cartoons des Künstlers, der seit einiger Zeit auch im LWV-Info publiziert, zu schmunzeln.

Zur Kasseler Museumsnacht 2006 präsentierte LWV und „Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland – ISL e. V.“ gemeinsam Cartoons des Magdeburger Karikaturisten, die sich allesamt um das Thema Leben mit einer Behinderung, auch: Leben mit (nicht-) behinderten Menschen drehen. Den Cartoons gelang es mühelos, den Betrachtern ein Schmunzeln ins Gesicht zu zaubern, wenngleich es oft kein befreiendes Lächeln wurde: Der Magdeburger, der selbst Multiple Sklerose hat,

kratzt mit parkinsongeschüttelten Barkeepern, freudig erregten wie genervten Rollifahrern und titanprothesengestärkten Beinamputierten erfolgreich und zeichnerisch virtuos an der Oberfläche politischer Korrektheit. Manchmal müsse er die Betrachter seiner Cartoons förmlich zu Reaktionen auffordern, sagte Hubbe bei der Ausstellungseröffnung: „Sie dürfen ruhig lachen, das ist durchaus erwünscht!“

„Wenn das Thema Behinderung enttabuisiert wird, sind wir eher zu einer offensiven Auseinandersetzung in der Lage und schaffen es vielleicht, behinderte Menschen aus der ständigen Opferrolle zu befreien“, meinte Uwe Frevert vom Vorstand des Mitveranstalters ISL. Selbstverständlich gäbe es auch für behinderte Menschen viel zu lachen. Also: Ganz normal. (jda)



Museumsnacht mit großem Zulauf: Cartoonist Phil Hubbe (l.) beim Signieren.

Foto: Jörg Daniel

| Mehr zu Phil Hubbe und seinen Cartoons unter: www.hubbe-cartoons.de

Ein Schiff im Garten

Im Garten der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters Kassel des ZSP Kurhessen steht seit Oktober ein Schiff, welches auf den Namen Arche 111 getauft wurde. Es ist ein neuer Anziehungspunkt für die Kinder und Jugendlichen und gleichzeitig auch als Symbol zu verstehen: So wie ein Schiff durch die Wellen fährt, begleitet die Klinik ihre Patienten durch ihr bewegtes, nicht einfaches Leben. Den Namen hatten sich die jungen Patienten der Klinik ausgesucht und hierfür eifrig Ideen gesammelt. Vera Zeich/(jda)

Die kleinen Patienten bei der spielerischen Einweihung des neuen Schiffes.

Foto: Elmar Krackrügge, ZSP Kurhessen



Zwangsarbeit: Entschädigungen weitgehend ausgezahlt

Die im Jahr 2000 gegründete Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ hat ihr Hauptziel, den während des Zweiten Weltkrieges bzw. während der Zeit der NS-Herrschaft eingesetzten ausländischen Zwangsarbeitern eine Entschädigung zu gewähren, weitgehend erreicht. Die Stiftung hofft, die Zahlungen Mitte des kommenden Jahres abschließen zu können. Seit dem Auszahlungsbeginn in 2001 hat die Stiftung, der der LWV im gleichen Jahr durch einen Beschluss seiner Versammlung mit einem symbolischen Beitrag von 50.000 DM beigetreten war, an 1,66 Mio. Leistungsberechtigte insgesamt 4,35 Mrd. Euro ausgezahlt. Die Zahlungen wurden überwiegend über Partnerorganisationen in den osteuropäischen Ländern bzw. über die Jewish Claims Conference geleistet. Mit dem Beitrittsbeschluss hatten die LWV-Abgeordneten seinerzeit unterstri-

chen, dass in den damaligen Heilanstalten während der NS-Zeit ausländische Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Die Abgeordneten sahen in dem Beitritt zur Stiftung eine moralische Verpflichtung, obwohl der Anteil der Bundesrepublik Deutschland von 5 Mrd. DM als Beitrag der öffentlichen Hand insgesamt verstanden werden sollte. Nach Abschluss der Entschädigungszahlungen will sich die Stiftung auf die Arbeit ihres selbstgegründeten Fonds „Erinnerung und Zukunft“ konzentrieren. Mit den Erträgen aus Stiftungsmitteln sollen hier Projekte gefördert werden, die der Völkerverständigung, den Interessen von Überlebenden des nationalsozialistischen Regimes, des Jugendaustausches und anderer humanitärer Zielsetzungen dienen. (jda)

| Weitere Informationen zur Stiftung unter www.stiftung-evz.de



Vor dem sanierten Gebäude (v. l.): Dr. Rüdiger Müller-Isberner, Ärztlicher Direktor der forensischen Klinik; Gudrun Gaertner, Pflegedienstleiterin; Susanne Nöcker, Psychiatriereferentin im Hessischen Sozialministerium; Klinikpfarrer Peter Kittel, LWV-Beigeordnete Annegret Bauch und ZSP-Betriebsleiter Jürgen Hammerschlag.

Foto: ZSP Haina (Kloster)

Forensik Haina: Saniertes Haus 6 in Betrieb

In Haina ist im Juli das durchgreifend sanierte Haus 6 der Klinik für forensische Psychiatrie wieder in Betrieb genommen worden. Das Haus dient zur gesicherten Unterbringung von 32 psychisch kranken Patienten, die auf zwei Stationen

leben und eine Therapie zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft durchlaufen. Das gesicherte Gebäude verfügt über rund 1.640 qm Nutzfläche und bietet neben den Stationen Platz für Aufenthalts- und Therapieräume sowie

Räume für das Personal. Statt der geplanten 2,6 Mio. wurde die Maßnahme mit 2,5 Mio. Euro Baukosten abgeschlossen.

LWV-Beigeordnete Annegret Bauch sieht im Abschluss der Bauarbeiten einen wichtigen Zwischenschritt innerhalb eines umfangreichen, rund 120 Mio. Euro umfassenden Investitionsprogramms für die forensischen Kliniken in Hessen erreicht. Weitere Baumaßnahmen sollen folgen: In Kürze werde die Sanierung des Altbaus G 2 beginnen, in der Außenstelle Gießen laufe die Fertigstellung zweier Forensikgebäude. Mit dem Bauprogramm reagieren Land Hessen und LWV auf die wachsende Zuweisung von Patienten in den Maßregelvollzug durch die Gerichte.

Mit dem von LWV und Hessischem Sozialministerium entwickelten Konzept zur Weiterentwicklung des Maßregelvollzugs in Hessen können Sicherheits- wie auch fachliches Niveau in den Kliniken gesichert werden, hob Bauch hervor und dankte dem Land Hessen für die Zusicherung der Finanzierung trotz schwieriger Finanzlage. Der Dank der Beigeordneten ging auch an die Mitarbeiter der Klinik: Ihnen sei es trotz dichter Belegung gelungen, bisher alle zugewiesenen Patienten aufzunehmen. (jda)

Richtfest der Klinik für forensische Psychiatrie



Foto: Michael Grün

Der Projektleiter, Dipl. Ing. Axel Gabriel, der Bauleiter der ausführenden Firma Züblin, Thomas Wagner, und Birgit von Hecker, die Ärztliche Direktorin der neuen Klinik für forensische Psychiatrie im Zentrum für Soziale Psychiatrie Kurhessen in Bad Emstal, brachten im Juli dieses Jahres gemeinsam den Richtkranz am Dachstuhl des künftigen Klinikgebäudes an. Im Rahmen des kleinen internen Richtfestes konnten sich Interessierte über den Stand der Arbeiten informieren. Die Baumaßnahme soll im April 2007 abgeschlossen sein, so dass ab Sommer die ersten Patienten dort aufgenommen werden können. (rvk)

20 Jahre Frühförderung

Die Pädagogische Frühförderstelle für blinde und sehbehinderte Kinder an der Friedberger Johann-Peter-Schäfer-Schule hat zwei Außenstellen: eine in Kassel und eine in Wiesbaden. Beide Frühförderstellen können in diesem Jahr auf ihr 20-jähriges Bestehen zurückblicken. Die Frühförderstelle Kassel beging diesen Anlass im Juni mit einer Fachtagung (s. LWV-Info 2/06). Die Wiesbadener feierten den Geburtstag mit einem Fest im September gemeinsam mit betreuten Kindern, ihren Eltern sowie Ehemaligen und ermöglichte so einen regen Informationsaustausch. Derzeit betreuen und fördern die fünf Pädagoginnen der Frühförderstelle rund 65 Kinder und ihre Eltern. In den vergangenen zwei Jahrzehnten erhielten mehr als 450 sehgeschädigte Kinder aus der Region in Wiesbaden Hilfe und Unterstützung. (rvk)

Psychiatrie-Museum im Philippshospital

Museum, so Dr. Eberhard Lohmann, komme aus dem Griechischen und bedeute ursprünglich „Studierzimmer“. Und genau das, so sagt der Historiker und Archivar, sei das Psychiatriemuseum im Philippshospital im besten Sinne. Hier könne man sich einlassen auf eine



Dr. Eberhard Lohmann vor einem Regal mit alten Kassenbüchern und Aufzeichnungen aus den Anfängen des „Hohen Hospitals Hofheim“.

Foto: Angelika Pennrich

Zeitreise durch fast 500 Jahre Psychiatriegeschichte zurück bis zur Gründung des „Hohen Hospitals Hofheim“ im Jahr 1535.

Zwei Räume sind prall gefüllt mit Exponaten, wie etwa Mobiliar und historischen Apparaturen und der umfangreichen historischen Bibliothek mit Büchern und Zeitschriften aus dem 19. Jahrhundert.

Das Psychiatrie-Museum im Philippshospital ist mittwochs zwischen 10 und 16 Uhr geöffnet. Dank ehrenamtlicher Mitarbeit von Klinikbeschäftigten und ehemaligen Mitarbeitern sind auch Führungen außerhalb der Öffnungszeiten möglich. (rvk)

| Nähere Informationen und Anmeldung im Sekretariat der Betriebsleitung
Tel.: 0 61 58 / 1 83 – 2 03
E-Mail: christiane.mueller@zsp-philipps-hospital.de



Besiegeln die Kooperation der Krankenpflegeschulen (v. l.): Jörg Bühring, Betriebsleiter des ZSP Am Mönchberg; Peter Schermuly, Geschäftsführer des Kreiskrankenhauses Weilburg, und Norbert Gelbert, stellvertretender Kaufmännischer Direktor der Klinikum Weilmünster gGmbH.

Foto: Gabi Schermuly-Wunderlich

Kliniken kooperieren bei Krankenpflegeausbildung

Seit Anfang Oktober arbeiten die Krankenpflegeschulen des Kreiskrankenhauses Weilburg, des Klinikums Weilmünster gGmbH und des ZSP Am Mönchberg in Hadamar enger in Fragen der Ausbildung zusammen. Der seit dem Jahr 2001 existierende Kooperationsvertrag zwischen den Kliniken Weilburg und Weilmünster wurde erweitert. Vor

allem die positiven Erfahrungen seien Gründe dafür gewesen, die Kooperation mit einer weiteren LWV Einrichtung einzugehen, sagte Michael Chladik, Schulleiter der Krankenpflegeschule Weilburg. Zukünftig soll der Unterricht zentral an der Krankenpflegeschule in Weilburg stattfinden. Vera Zeich/(jda)

Gutshof Merxhausen geschlossen

Der Gutshof in Merxhausen, ein Betriebszweig des ZSP Kurhessen in Bad Emstal, wurde aus strukturellen Gründen geschlossen. Auf dem Kerngelände des Gutshofs sollen, wie Betriebsleiter Herbert Dreisbach mitteilt, die Gebäude – bis auf drei denkmalgeschützte – abgerissen und ein Vital- und Erholungspark angelegt werden. Der Park werde Teil des „Zentrums für mentale Gesundheit“, als das das ZSP Kurhessen zukunftsorientiert seinen Platz am Standort Nordhessen sichern wolle.

Die landwirtschaftlichen Flächen des Gutshofs Merxhausen sind an den LWV-Gutsbetrieb in Haina verpachtet, die Milchkühe mitsamt der Milchkontingente verkauft worden.

Der Gutsinspektor wechselt als Nachfolger des dortigen Gutsverwalters nach Haina, der in den Ruhestand gehen wird. Ein Mitarbeiter hat eine Stelle außerhalb der ZSP gefunden, die anderen werden auf verschiedenen Stellen im ZSP weiterbeschäftigt. (rvk)

Hofansicht des Gutsbetriebs Merxhausen.

Foto: Michael Grün





Prävention: Auch eine Ultraschalluntersuchung der Halsschlagader deckt ein erhöhtes Schlaganfall-Risiko auf. Foto: Klinikum Weilmünster

Dem Schlaganfall begegnen

Rund 170.000 Menschen erleiden pro Jahr in Deutschland einen Schlaganfall. 40 % der Patienten sterben innerhalb eines Jahres. Von den Überlebenden bleiben 64 % hilfs- oder pflegebedürftig. Bis 2050 soll die Zahl neuer Fälle jährlich auf bis zu 300.000 anwachsen. Mit einem gutbesuchten Schlaganfall-Infotag hat die Klinikum Weilmünster gGmbH auf die Bedeutung präventiver Maßnahmen und auf ein gesundheitsbewusstes Verhalten hingewiesen. In Vorträgen konnten sich die etwa 250

Besucher über gesunde Ernährung und die Bedeutung ausreichender Bewegung informieren. Soeben Erfahrenes war dann sofort umsetzbar: Die Physiotherapie des Klinikums animierte die Besucher zu kleinen gymnastischen Übungen, auch konnten sich die Gäste einem Gesundheits-Check unterziehen, bei dem Blutdruck, Cholesterinwert und Blutzuckerspiegel gemessen wurden. Symptome bei einem Schlaganfall schilderte Oberarzt Dr. Andreas Dietz: Plötzliche Funktionsstörungen wie Läh-

mungserscheinungen an einer Körperseite, Armen, Beinen oder Mundpartien, Taubheitsgefühle und Seh- und Sprechstörungen sind erste Warnzeichen.

Ist ein Schlaganfall aufgetreten, kommt es auf Früherkennung und Erstversorgung an. Die Akutbehandlung von Schlaganfallpatienten auf einer darauf spezialisierten Station verbessert die Prognose deutlich: Auf einer sog. Stroke Unit behandelte Patienten haben eine um 30 % höhere Chance, den Schlaganfall ohne schwere Behinderung zu überstehen. Von diesen qualitätsgeprüften Stroke Units gibt es in Deutschland 140, davon 11 in Hessen. Die Neurologische Klinik in Weilmünster verfügt seit sieben Jahren über eine zertifizierte Stroke Unit. Etwa 800 Schlaganfallpatienten aus der Region werden hier jährlich versorgt. Sieben Behandlungsplätze stehen zur Verfügung, ausgestattet mit allem, was eine Akutstation braucht.

Frank Masuch/(jda)

Entdeckungsreise nach Litauen

Acht psychisch kranke Menschen mit vier Betreuern aus dem ZSP Hochtaunus starteten im Juli zu einer zweiwöchigen Reise nach Palanga in Litauen, um mit Patienten und Therapeuten aus Šiauliai einen Ferienaufenthalt an der Ostsee zu verbringen – ein Therapieprojekt im Rahmen der Partnerschaft zwischen dem ZSP Hochtaunus und dem litauischen Šiauliai Psychiatric Hospital. Seit der Partnerschaftsgründung im Jahre 2001 (Bericht siehe LWV-Info 2/01) fanden bereits mehrere Treffen von Vertretern aus Deutschland und Litauen statt.

Untergebracht war die Gruppe in einer Holzvilla, die im Sommer eine Wohngruppe von Patienten des Šiauliai Psychiatric Hospital beherbergt. Die psychisch kranken Menschen versorgen sich hier weitgehend selbstständig, erledigen Einkäufe, bereiten ihre Mahlzeiten zu und sind auch für das Aufräumen und Reinigen der Räume verantwortlich. „Weil psychisch Kranke besonders nach längeren Krankenhaus-

aufenthalten häufig auch vermeintlich einfache Tätigkeiten wieder neu einstudieren müssen, erwies sich die Reisetherapie als ideales Übungsfeld“, berichtete die Fachärztin Dr. Andrea Braum. Die Gruppe unternahm Ausflüge in die nahe gelegene Kurische Nehrung, zum litauischen Wallfahrtsort „Berg der Kreuze“ und in die Hafenstadt Klaipeda, doch natürlich stand auch ein Besuch der Klinik in Šiauliai auf dem Programm, wo bei einem Sommerfest Repräsentanten des ZSP Hochtaunus mit einem Informationsstand vertreten waren.

„Es war erstaunlich, dass die anfangs so inhomogene Patientengruppe so rasch ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelte“, zog Braum eine positive Bilanz der Reise. Auch hätten die Teilnehmer auf beiden

Seiten ein Bewusstsein dafür gewonnen, bei der Gestaltung eines interkulturellen Begegnungsprojekts mitwirken zu können. „Diese Entwicklung lässt darauf hoffen, dass die Fortsetzung des Austauschprogramms im Hochtaunuskreis im nächsten Jahr weiter Früchte tragen wird.“

Dieter Becker/(mbr)

Das Quartier „Villa Palanga“: Bescheiden, dafür aber umso charmanter. Foto: Dieter Becker





Haina: Zwei Glasfenster kehren zurück

„Die nun schon im 20. Bauabschnitt betriebene Sanierung der Klosterkirche Haina ist ein ganz besonderes ‚PPP-Projekt‘: Hier wirken Bürgersinn und öffentliche Hand in idealer Weise zusammen, um ein bedeutsames Kulturgut zu erhalten“, sagte LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann, der im Oktober gemeinsam mit Manfred Scholz vom „Verein der Freunde des Klosters Haina e. V.“ zwei restaurierte mittelalterliche Glasfenster vom Präsidenten der Landesamtes für Denkmalpflege, Prof. Dr. Gerd Weiß, entgegennahm. Diese kehrten wieder an ihren angestammten Ort zurück. Neben dem Land Hessen, dem Bund (bis 2002) und dem

LWV fördern engagierte Bürger und Unternehmen die Sanierung der Kirche des ehemaligen Zisterzienserklosters, die heute zum Zentrum für Soziale Psychiatrie Haina (Kloster) gehört, aber noch immer der örtlichen Kirchengemeinde als Gotteshaus und als repräsentativer Ort der Klosterkonzerte dient.

Stolz zeigten sich Brückmann, Weiß und Scholz besonders über den Fortschritt bei der Restaurierung des umfangreichen Glasfensterbestandes: Bereits 28 historische Fenster konnten in den bisherigen Bauabschnitten ausgebaut, restauriert und wieder eingebaut werden. Zum Sanierungsprogramm des 20.

Kulturgut erhalten (v. l.): Landesdirektor Uwe Brückmann; Prof. Dr. Gerd Weiß, Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege; Manfred Scholz, Vorsitzender „Verein der Freunde des Klosters Haina e. V.“, und Restaurator Ulrich Haroska. Foto: Martina Caspari

Bauabschnitts mit einem Volumen von 300.000 Euro gehören neben den Fensterarbeiten Gewölbearbeiten im Bereich von Chor, Vierung und Querhäusern. Auch am mittelalterlichen Chorgestühl werden Reparaturen vorgenommen.

Fünf Fenster im Sockelbereich des nördlichen Langhauses sollen im Zuge der Spendenaktion als sogenannte „Stifterfenster“ für etwa 130.000 Euro restauriert werden, sagte Scholz. Rund 85.000 Euro seien schon gespendet, für einen Betrag von rund 45.000 Euro würden noch „Stifter“ gesucht. Nach vorbereitenden Untersuchungen und Arbeiten an der Westfassade wurde die systematische Sanierung in 1988 aufgenommen. In bisher 20 Bauabschnitten wurden fast 5,6 Mio. Euro für die Restaurierung des Kulturgutes aufgewandt. Für weitere Sanierungsmaßnahmen sind in den kommenden Jahren vermutlich noch einmal etwa 1,2 Mio. Euro erforderlich. (jda)

| Interessenten an der Aktion Stifterfenster können sich jederzeit an den Verein der Klosterfreunde (Manfred Scholz, Tel.: 0 64 51 / 2 61 99) wenden.

RP überreicht Bewilligungsbescheid für Neubau in Haina

Der Kasseler Regierungspräsident Lutz Klein überreichte Mitte August einen Bewilligungsbescheid des Landes Hessen in Höhe von rd. 4,995 Mio. Euro an LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann für einen Neubau mit 40 Betten der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Haina.

Das neue Klinikgebäude wird unmittelbar hinter dem Hauptgebäude errichtet, so dass eine kompakte Einheit ohne lange Wege entsteht. In dem Neubau sollen nach Fertigstellung – Mitte 2008 – eine zentrale Akutaufnahmestation für alltagspsychiatrische Patienten sowie eine Station zur Entgiftung von Suchtpatienten untergebracht werden. Jede Station soll über acht Zweibettzimmer und vier Einzelzimmer jeweils mit Nasszelle verfügen. (rvk)



Gruppenbild mit Bewilligungsbescheid (v. l.): Lydia Wölk-Dietrich, Krankenpflagedirektorin; Lutz Klein, Regierungspräsident Kassel; Dr. Rolf Speier, Ärztlicher Direktor; Uwe Brückmann, LWV-Landesdirektor; Heinz Stricker, Mitglied der Betriebskommission; Jürgen Hammerschlag, ZSP-Betriebsleiter; Stephan Aurand, ehrenamtl. LWV-Beigeordneter, und Architektin Ulrike Marschlich. Foto: Martina Caspari/ZSP Haina

www.lwv-hessen.de – Neues aus dem Netz



Wer es noch nicht mitbekommen hat, sollte mal schnell in die LWV-Internetpräsentation reinschauen: **Die Startseite ist neu!** Verzichtet wurde im mittleren Teil auf die Rubrik „Im Blick“, die sich nicht bewährt hat. Denn die Themen, die tatsächlich aktuell im Blick standen, folgten erst darunter als Pressemitteilung. Diese kommen jetzt durch Anreizertexte und Illustrationen besser zur Geltung. Auch aktuelle Meldungen anderer Art lassen sich hier einstellen und fallen sofort ins Auge. Neu hinzugekommen ist der rechte Teil mit den sog. Portlets. Sehr vereinfacht erklärt sind das Wechselrahmen, in die verschiedene Dinge eingestellt werden können. Kurz angerissene Themen, Stichworte oder Bilder sollen neugierig machen und per Link zu den Inhalten

hinführen. Erreicht wird dadurch z.B., dass bisher in der Internetpräsentation hinterlegte neue, aber nur über Umwege auffindbare Inhalte mehr in den Vordergrund gebracht werden und zum Surfen einladen. Beste Beispiele sind Neuigkeiten wie die Soziale Landkarte oder auch das Trägerübergreifende Persönliche Budget. Zu erwarten sind durch die neue Startseite in die Höhe schnellende Zugriffe auf die Seiten der LWV-Internetpräsentation.

Aktuell ist auch der neue **Newsletter** des LWV-Zielgruppenmanagements für Menschen mit einer körperlichen oder einer Sinnesbehinderung zum Zukunftsthema **Betreutes Wohnen**. Interessenten, die sich auf dem Laufenden halten wollen, können den Newsletter über die LWV-Homepage abonnieren. Mit dem Thema „Hilfen für Menschen mit schweren Schädel-Hirn-Verletzungen“ wurde auch das **Diskussionsforum** neu eröffnet.

Dieter Mühlhausen

25 Jahre Psychiatrie in Offenbach

Mit einer Feierstunde, einem wissenschaftlichen Symposium und einem Fest für Mitarbeiter und Ehemalige feierten die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Klinikum Offenbach und der Verein Lebensräume im September „25 Jahre Psychiatrie in Offenbach“. Bereits im November 1980 gründeten Offenbacher Bürger den „Offenbacher Verein zur Förderung seelisch Behinderter“ (heute: Lebensräume e. V.), im April 1981 begannen die Klinik und der Sozialpsychiatrische Dienst seine Arbeit. Ziel war, gemeinsam ein Netz von Einrichtungen und Diensten aufzubauen, das einerseits die Psychiatrie als Einrichtung in Offenbach verankerte, andererseits half, psychisch kranke Menschen in ihre Gemeinde zu integrieren. „Kein Bürger“, so heißt es im Einladungstext, „sollte zur Behandlung seiner Krankheit in eine Einrichtung außerhalb Offenbachs gehen müssen, wenn er das nicht wollte. Diese Aufgabe wurde alles in allem gut erfüllt.“ So sah das auch der LWV, als er die Lebensräume e. V. 2002 als ersten Preisträger des WALTER-PICARD-PREISES für gemeindenaher Psychiatrie auszeichnete (s. LWV-Info 02/02). (rvk)

Wieder mehr Zivis



Hat Freude an der Betreuung „seiner“ Tagesgäste im Haus Bornberg: Zivildienstleistender Joris Kilb.

Foto: Dieter Becker

Seit Juli ist das ZSP Hochtaunus wieder in der Lage, die Mehrzahl seiner insgesamt zehn verfügbaren Zivildienststellen zu besetzen. Derzeit beschäftigt das ZSP sieben Zivildienstler. „Es hat sich offensichtlich herumgesprochen, dass der Zivildienst eine lohnenswerte Sache

ist“, berichtet Edwin Kaiser, Kaufmännischer Direktor und Zivildienstbeauftragter. Im ZSP Bergstraße konnten sogar alle dreißig zur Verfügung stehenden Plätze besetzt werden. Dies liegt, so Zivildienstbeauftragter Thomas Sütterle, vor allem am guten Ruf der Einrichtung und der Mundpropaganda unter den Zivis. Auch in anderen Einrichtungen des LWV gibt es weniger „Zivi-Vakanzen“. Vera Zeich/(jda)

„AM“ informiert über Forensik

Ein neues Periodikum informiert seit November über die Arbeit der forensischen Klinik in Hadamar und des dortigen Forensikbeirates. „AM Mönchberg“, gemeinsam von Klinik und LWV-Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet, wurde an alle Hadamarer Haushalte verteilt. Die Herausgeber versprechen sich durch das Blättchen einen sachlicheren Umgang mit dem schwierigen Thema Maßregelvollzug. „AM“ soll künftig zweimal im Jahr aktuelle und grundsätzliche Informationen anbieten, auch mit seinen Lesern in einen Dialog treten. (jda)

| „AM Mönchberg“ im Internet unter:
www.lwv-hessen.de

Richtige Antwort auf Zukunftsdebatte

Die Heilpädagogische Einrichtung (HPE) und das Wohn- und Pflegeheim (WPH) im Zentrum für Soziale Psychiatrie Haina (Kloster) erhalten als erste Einrichtungen dieser Art innerhalb des LWV die Zertifizierung nach DIN ISO 9001:2000. Die Zertifikate, die bescheinigen, dass die Einrichtung ein erfolgreiches Qualitätsmanagement praktiziert, wurden im Oktober an Werner Thielemann, den Pädagogischen Leiter der HPE, und Erwin Gruber, Leiter des WPH, übergeben. LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann und ZSP-Betriebsleiter Jürgen Hammerschlag lobten die gemeinsame Anstrengung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die damit den Grundstein für einen nachhaltigen Prozess der Qualitätssicherung gelegt hätten. Wie in anderen Bereichen üblich, müssten sich auch Leistungserbringer in sozialen Einrichtungen zunehmend darauf einstellen, dass die dort erbrachten Leistungen gemessen, verglichen und bewertet würden, sagte der LWV-Chef. Daher sei die Zertifizierung eine richtige Antwort auf die derzeit laufende Diskussion über die Zukunft der LWV-Einrichtungen: Sie trage dazu bei, dass die Zentren auch künftig qualitativ hochwertige Leistungen zu marktfähigen Bedingungen anbieten könnten.

Auch Ausbildung nach DIN

Die erfolgreich durchlaufene Zertifizierung sei keine Urkunde, mit der man die



Qualität gesichert (v. l.): Werner Thielemann, Pädagogischer Leiter der HPE Haina; Landesdirektor Uwe Brückmann; Erwin Gruber, Leiter des WPH Haina; Axel Goerlach, QM-Beauftragter des ZSP; Jürgen Hammerschlag, ZSP-Betriebsleiter, und Ralf Obermeier, Bereichsleiter der zertifizierenden Fa. NIS-Zert-GmbH

Foto: Martina Caspari

Wand schmücke, sondern Ansporn, sich neue Ziele zu stecken, sagte Andreas Engel, Leiter der Krankenpflegeschule im ZSP Kurhessen. Auch die Krankenpflegeschule, die als einzige Bildungseinrichtung dieser Art im Landkreis Kassel derzeit 120 junge Menschen auf den Beruf des Gesundheits- und Krankenpflegers vorbereitet, verfügt seit Kurzem über das Gütesiegel. Engel blickt nun bereits auf Rezertifizierung und die Anerkennung als Weiterbildungsinstitution. Die Zertifizie-

rungsprozesse in den Zentren des LWV seien, so LWV-Chef Brückmann, Schritte hin auf dem Weg zu einer „Marke“ LWV: „Patienten, Bewohner und Nutzer sowie alle anderen Beteiligten im Hilfesystem sollen wissen, dass die Kliniken und anderen Betriebszweige für medizinisch und therapeutisch hochwertige Leistungen stehen und dass hier – wie es im Unternehmensleitbild des LWV heißt – der betroffene Mensch im Mittelpunkt steht.“ (jda)

Schwerbehindertenvertreter neu bestimmt

Sie setzen sich für ihre schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen ein, fördern deren Teilhabe im Betrieb. Das Wachen über Tarifverträge, Richtlinien, Gesetze und Betriebsvereinbarungen gehört ebenso zu den Aufgaben der Schwerbehindertenvertreter wie die Einleitung von Einzelmaßnahmen, beispielsweise zur beruflichen Wiedereingliederung. Beschwerden und Anregungen aus der Mitarbeiterschaft treffen

bei ihnen stets auf ein offenes Ohr. Zwischen dem 1. Oktober und dem 30. November wurden in den hessischen Unternehmen und Verwaltungen nach Ablauf der vierjährigen Amtszeit die Vertrauensleute für schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu bestimmt. In diesen Wochen nehmen sie ihre Arbeit auf, kommen in den größeren Unternehmen die Vertretungen neu zusammen.

Das Integrationsamt des LWV steht den Vertrauensleuten wie auch den Schwerbehindertenvertretungen in der täglichen Arbeit zur Seite: Vor allen Dingen durch Schulung und Qualifizierung. Ein umfangreiches Kursprogramm wird

angeboten, ebenso stehen vielfältige Materialien als Handreichung für die tägliche Arbeit in den Unternehmen zur Verfügung. Geschult und qualifiziert wird mit modernen Methoden: So konnten an den Wahlen beteiligte Mitarbeiter durch ein im Internet verfügbares eLearning-Programm ihr Wissen zur Wahl der Schwerbehindertenvertretung testen und erweitern. Selbstverständlich stehen Materialien zur täglichen Arbeit im Internet bereit.

Auch in den Einrichtungen und Verwaltungsdienststellen des LWV wurden in den vergangenen Wochen neue Vertrauenspersonen gewählt. Im Dezember konstituierte sich die neue Gesamtschwerbehindertenvertretung. (jda)

Mit Rat zur Seite stehen: Frank Simon, Schwerbehindertenvertreter im Regierungspräsidium Kassel, im Gespräch mit seinem schwerbehinderten Kollegen Joachim Frank.

Foto: Monika Brauns

| Weitere Informationen gibt es unter www.integrationsamt-hessen.de





Tätigkeit beendet: Zielgruppenmanager Walter Pohl (2. v. r.) verabschiedet Irene Diehl, Dr. Rolf Bernhardt, Dr. Ursula Schlochauer und Susanne Wasmus (v. l.).

Wechsel im Widerspruchsausschuss

Zu den Aufgaben des Integrationsamtes nach dem Sozialgesetzbuch Teil IX gehört der besondere Kündigungsschutz für schwerbehinderte Arbeitnehmer. Jede Kündigung eines Arbeitsverhältnisses eines schwerbehinderten Menschen durch den Arbeitgeber bedarf der vorherigen Zustimmung des Integrationsamtes. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um eine fristgerechte oder fristlose Kündigung handelt. Auch eine sogenannte Änderungskündigung, die mit dem Angebot der Weiterbeschäftigung zu anderen Bedingungen verbunden ist, wird nur wirksam, wenn ihr das Integrationsamt zugestimmt hat. Das Integrationsamt muss im Kündigungsverfahren abwägen, ob dem Arbeitgeber die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses zugemutet werden kann oder ob schwerwiegende Gründe die Zustimmung zur Kündigung rechtfertigen. Das Integrationsamt hat den Sachverhalt zu ermitteln und wirkt in jeder Lage des Verfahrens auf eine gütliche Einigung hin. Die vom Integrationsamt getroffenen Entscheidungen sowohl im Bereich des Kündigungsschutzes als auch der begleitenden Hilfen stellen Verwaltungsakte dar, gegen die der Widerspruch zulässig ist. Gegen die Entscheidung des Integrationsamtes wird von den Verfahrensbeteiligten in jährlich rund 500 Fällen Widerspruch eingelegt. Zuständig für die Widerspruchsbescheide ist ein beim Integrationsamt eingerichteter, ehren-

amtlich tätiger Widerspruchsausschuss (§ 119 SGB IX), der im Oktober in eine neue Amtsperiode startete. Während der letzten Sitzung der ablaufenden Amtsperiode hatte Zielgruppenmanager Walter Pohl die Aufgabe, einige langjährige Ausschussmitglieder zu verabschieden. Er verband dies mit einem Dank für den engagierten Einsatz, der sich insbesondere an Dr. Ursula Schlochauer und Dr. Rolf Bernhardt richtete, die dem Widerspruchsausschuss seit 28 bzw. seit 23 Jahren angehörten. In ihrer Amtszeit hatte Rechtsanwältin Schlochauer, die auf Vorschlag der Vereinigung der hessischen Unternehmer-

Sie malen ihre Welt

Voller Stolz erläutert Harald Krömmelbein, Bewohner der Heilpädagogischen Einrichtung (HPE) in Weilmünster, die Entstehung seines Bildes. Krömmelbeins Werk war eines von 25 Gemälden, die im September in Räumen der Kreissparkasse Weilburg zu sehen waren und von Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung gefertigt wurden, die in der HPE des Klinikums Weilmünster leben. Ausstellungen wie diese würden helfen, Brücken zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen zu schlagen, war sich der stellvertretende HPE-Leiter, Dr. Michael Frowein sicher. Schließlich entspringe ein Kunst-

Der Widerspruchsausschuss des Integrationsamtes für die Amtszeit 2006 – 2010

- Andreas Beck (Vertreter der schwerbehinderten Arbeitnehmer)
- Marion Kohler (Vertreterin der schwerbehinderten Arbeitnehmer)
- Harald Gießle (Vertreter der schwerbehinderten Arbeitnehmer im öffentl. Dienst)
- Dr. Alexander Klak (Vertreter der privaten Arbeitgeber)
- Dr. Franz-Josef Rose (Vertreter der privaten Arbeitgeber)
- Christine Jürgens (Vertreterin der Arbeitgeber im öffentl. Dienst)
- Günter Kunz (Vertreter der Arbeitgeber im öffentl. Dienst)
- Bernhard Grunewald (Vertrauensmann der Schwerbehinderten)
- Christa Weidt-Klaes (Vertreterin der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen)
- Rainer Kamke (Vertreter des Integrationsamtes Hessen)

verbände im Ausschuss tätig war, mehrfach den Vorsitz inne. Ministerialdirigent Bernhardt aus dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst vertrat die öffentlichen Arbeitgeber in dem Gremium. Neben Schlochauer und Bernhardt beendeten auch Susanne Wasmus, Lothar Bertrand und Irene Diehl ihre Tätigkeit. (jda)



werk ausschließlich der Gestaltungskraft des Schaffenden. Uneingeschränkte Ausdrucks- und Mitteilungsmöglichkeiten finden die Laienkünstler im kreativen und künstlerischen Tun, hob Inge Reinheimer-Thiele, Leiterin der Tagesstätte, bei der Eröffnung hervor. (jda)



30. Geburtstag einer besonderen Schule

Mit einem bunten abendfüllenden Jubiläumsfest feierte die Rehbergschule, Schule an der LWV-Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters in Herborn, im Oktober ihr 30-jähriges Bestehen. Das Fest galt auch als Dank an alle Wegbegleiter in den zurückliegenden drei Jahrzehnten.

Gegründet wurde die Schule 1976, um den 60 jungen Patienten der ein Jahr zuvor eingerichteten Klinik ein ortsnahes Schulangebot zu machen. Von den 60 fast ausschließlich schwer geistig behinderten und verhaltensgestörten

Patienten erhielten damals lediglich 12 Unterricht. Die anderen galten als „unbeschulbar“. Für deren Unterricht engagierte sich Schulleiterin Heike Hansen und prägte so entscheidend das Bild einer Pädagogik für schwer geistig und mehrfach behinderte Kinder im Rahmen eines Klinikaufenthaltes. Einschneidend verändert hat sich die Schule mit einem Paradigmenwechsel Anfang der 80er Jahre. Es setzte sich die Überzeugung durch, dass geistige Behinderung keine behandlungsbedürftige „Krankheit“ ist. Menschen mit geistiger Behinderung sollten – ihre Fähig-

Das rappende Kollegium der Rehbergschule.

Foto: Klaus Kordesch

keiten stärkend – gefördert werden. So zogen 1986 die geistig behinderten Kinder und Jugendlichen von der Klinik in Wohngruppen um und wurden in anderen Einrichtungen gefördert. Damit veränderte sich sowohl die Patientenstruktur, als auch die Schülerstruktur. Heute ist die Schule und ihre Inhalte weit entfernt von ihren Anfängen. Das wurde deutlich beim Jubiläum, als Schulleiterin Heike Hansen die Schulgeschichte Revue passieren ließ.

Heute besuchen alle rund 70 Patienten der Klinik die Rehbergschule und werden entsprechend der Rahmenpläne ihrer Herkunftsschule gefördert. Zum Lehrplan gehören u. a. Lernprojekte und freiwillige Angebote wie Video-AG, Trommel-AG, Schulband oder die Mitarbeit an der mehrfach ausgezeichneten Schülerzeitung „HOPPLA“.

Wie engagiert und einfallsreich das Kollegium der Rehbergschule ist, zeigten die Pädagogen auch beim Jubiläumsfest. Dort sangen sie in Form eines Raps ein Loblied auf ihre Schule, aber auch auf ihre Schulleiterin Heike Hansen, die seit dem ersten Tag dabei ist, und überreichten eine Riesentorte mit 30 Kerzen. (rvk)

Andere Kulturen – andere Wahrnehmung

„Kultursensible Behandlungskonzepte: Migration und Ambulante Psychiatrie“ war das Hauptthema der diesjährigen Jahrestagung der Psychiatrischen Institutsambulanzen in Hessen. Die Tagung fand in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Marburg statt. Dr. Eckhardt Koch, Leiter der dortigen Institutsambulanz, moderierte die Veranstaltung, an der rund 170 Personen teilnahmen.

Ungefähr 20 Prozent der in Deutschland lebenden Bevölkerung besitzt einen Migrationshintergrund. Das stellt neue Anforderungen auch an die Einrichtungen des Gesundheitswesens, dort müssen sich die Mitarbeiter bei einer Behandlung auf diese Gruppe einstellen. Elementare Erkenntnis: Menschen aus anderen Kulturen nehmen psychische Krankheiten oft anders wahr, sie äußern sich auch anders zu ihren Befindlichkeiten. Genau mit diesen Problemen befas-

sten sich die Teilnehmer der Tagung. Die Klinik in Marburg hat bereits seit 15 Jahren Erfahrungen mit dem Thema. Es gibt ein kultursensibles ambulantes Angebot sowie eine Station für interkulturelle Psychiatrie und Psychotherapie, die nach einem integrativen Konzept Deutsche, wie auch aus der Türkei und anderen Ländern stammende Patienten gemeinsam behandelt. Den Teilnehmern der Tagung wurde unter anderem die Arbeit der türkischen Sprechstunde in der Institutsambulanz von den Psychologinnen Tülin Yavuz und Suzan Kamçilli-Kubach erläutert.

Anhand von kulturellen Missverständnissen und Sprachproblemen können Schwierigkeiten auf Patienten- wie auf Behandlerseite auftreten. Dies hat zur Folge, dass die Diagnosestellung und Behandlung erschwert wird. Fehldiagnosen können vermieden werden, wenn die Behandler in der Lage sind, die kultu-



Die Gäste der Veranstaltung während einer Pause.

Foto: Dr. Eckhardt Koch

relle Dimension mit zu bedenken. Auf der Tagung wurde neben dem Marburger Behandlungskonzept das multikulturelle Ambulanz-Team des Bamberger Hofes in Frankfurt vorgestellt. Auch wurde der Aspekt der „Posttraumatischen Belastungsstörung bei Migranten“ behandelt. Workshops mit den Referenten gehörten ebenso zum Tagungsprogramm wie Arbeitstreffen der Berufsgruppen. Ein Diskussionsforum bildete den Schluss der Veranstaltung. (ale)/(jda)

„Gefahr für die Rehbergklinik“

lautet der Titel eines 40-minütigen Öko-Krimis, den die Schüler der Klassen acht und neun der Herborner Rehberg-schule im vergangenen Schuljahr erstellt haben. Kurz vor den Sommerferien war in der Aula vor der Schulge-meinde die Premiere. Beifallsstürme nach der Vorstellung bewiesen: ein voll-er Erfolg.

Vergiftungsgefahr

Der Plot, den die Schülerinnen und Schüler von Gisela Lückel-Göbel und Rainer Staska im Deutschunterricht selbst geschrieben haben: Schüler ent-decken bei der im Rahmen des Biologie-unterrichtes durchgeführten Wasserun-tersuchung des Rehbachs merkwürdige Veränderungen. Zwei Schülerinnen gehen dem trotz Widrigkeiten nach und

können so mit detektivischem Spürsinn zwei Täter ermitteln, die ebenfalls pla-nen, die Wasserversorgung der Reh-bergklinik zu vergiften. Ende gut, alles gut: Diese Tat wird verhindert, die Täter werden bestraft, die Schülerinnen für ihre Zivilcourage gelobt.

Während das jugendliche Publikum vor allem die technische Qualität wie Schnitt, Musik, Effekte und die span-nende Handlung begeisterte, waren die Pädagogen von dem Einsatz, der Beharrlichkeit und der Begeisterung angetan, mit der die Schülerinnen und Schüler das Filmprojekt – auch gruppen-übergreifend – durchgezogen haben. Dabei ging es nicht nur um das Drehen eines Krimis, denn die Schüler setzten sich auch mit ihrer Situation auseinan-der. So spielt der Film an „ihrer“ Klinik



Filmausschnitt: Entnahme der Wasserprobe.
Foto: Rehbergschule

und spiegelt auch den Alltag mit un-terschiedlichen psychiatrischen Krank-heitsbildern wider. „Das Filmprojekt ist ein Beispiel dafür, dass Schülerinnen und Schüler sich bei entsprechender Motivation im Rahmen projektorientier-ter Unterrichtsverfahren auch über den schulischen Rahmen hinaus engagieren können“, so Schulleiterin Heike Hansen. (rvk)

Spezialprechstunde in Wetzlar



Bei der Vorstellung des neuen Diagnostikzimmers (v. l.): Susanne Sievers und Dr. Ute Tolks-Brandau.

Foto: Dr. Katrin Schön

Ein zweieinhalbjähriges Mädchen, das mit einer körperlichen Behinderung geboren und deshalb schon mehrfach operiert wurde, hat während ihrer Kran-kenhausaufenthalte eine große Angst vor Teddy-Bären entwickelt. Das führt zu immensen Problemen im Alltag die-ser Familie, weil etwa jeder Einkauf oder Besuch bei Freunden eskalieren

kann. Die Eltern gehen mit ihrem Kind zum Kinderarzt und der überweist sie nach Wetzlar in die Außenstelle der Kin-der- und Jugendpsychiatrie der Reh-bergpark gGmbH.

Dort gibt es seit wenigen Monaten ein seltenes Angebot: eine Spezialprech-stunde für Kinder im Alter zwischen zwei und fünf Jahren, die bereits in die-

sem frühen Alter durch emotionale Störungen, Verhaltensstörungen und Entwicklungsdefizite auffallen. „Die Diagnostik und Therapie bei Kleinkin-dern bedarf schon deshalb besonderer Methoden, weil sie aufgrund ihres Alters viele Dinge geistig noch nicht erfassen können und genauso wenig sprachlich ausdrücken können“, erläu-tert Diplom-Psychologin Susanne Sie-vers die Gründe für die Eröffnung der Spezialambulanz. Zudem sei das meiste Testmaterial erst für Kinder ab fünf Jah-ren konzipiert.

Mit einer speziell auf Kleinkinder ausge-richteten Diagnostik, Material und Umgebung geht das Team aus einer Kinderpsychiaterin und zwei Psycholo-ginnen den Ursachen der Auffälligkei-ten auf den Grund, leitet Therapiemaß-nahmen ein, überprüft diese und berät in engem Kontakt die Eltern. Wie bei allen Beeinträchtigungen und Behinde-rungen kann am Besten mit früh einset-zen den Maßnahmen geholfen und das Risiko einer bleibenden Störung verrin-gert werden. Auch deshalb kooperiert das Ambulanzteam mit der Frühförder-stelle der Lebenshilfe, den Erziehungs-beratungsstellen des Lahn-Dill-Kreises sowie ergotherapeutischen und logopä-dischen Fachpraxen. (rvk)

| Nähere Information und Anmeldung
unter: 0 64 41 / 2 10- 12 20



Untersuchungssituation beim Rorschachtest

Foto: Dr. Franz Bossong

„Baustein im Untersuchungsgefüge“

Der Rorschachtest: Was beim ersten Hinsehen wie ein kindlicher Malversuch wirkt, ist ein 1921 von dem Schweizer Psychiater und Psychoanalytiker Hermann Rorschach entwickeltes Diagnoseverfahren, das sich danach in Psychiatrie und Psychologie etablierte. Zehn ein- und mehrfarbige Tafeln mit sogenannten Klecksographien regen den Probanden zu Deutungen an und wer-

den vom Versuchsleiter interpretiert. In der Fachwelt als solide wissenschaftliche Methode angesehen, ziehen seit einiger Zeit Kritiker die Aussagekraft des Tests in Zweifel. Sie sagen, der Test versage oft und habe sich in kontrollierten klinischen Studien nicht bewährt. Auch neige der Test dazu, die Probanden zu pathologisieren.

Dr. Franz Bossong, stellvertretender

Ärztlicher Direktor des ZSP Am Mönchberg in Hadamar hält am Rorschach-Test fest, sagt aber, dass die Auswertung des Tests in die Hand eines Erfahrenen gehöre. Die Interpretation eines Protokolls ohne gute Kenntnisse von Lebensgeschichte, Erkrankungen und Persönlichkeit der betreffenden Person sei lediglich eingeschränkt zulässig. Der Rorschach-Test stelle nur einen Baustein im Gefüge aller Untersuchungen eines Menschen dar. Die formale Auswertung des Tests lasse Rückschlüsse auf Persönlichkeit und eventuelle psychische Störungen zu. „In der forensischen Psychiatrie wird er häufiger eingesetzt und manche Firmen verwandten ihn zur Eignungsprüfung, denn der Test kann Hinweise auf Begabungen und auch verborgene Talente geben“, erklärt der Psychiater. Dass der Test auf Individualität ausgerichtet ist, sei kein Nachteil, dort liege gerade die Bedeutung des Verfahrens. Alternativen zum Rorschach-Test sieht Bossong keine: „Weltweit wurde viel Erfahrung mit diesem Test gesammelt und sogar eine eigene internationale Rorschach-Gesellschaft gegründet. Das gibt es meines Wissens nach bei keinem anderen einzelnen Testverfahren.“ (cgy)/(jda)

Von der Notlösung zum Glücksfall

Die gerontopsychiatrische Tagesstätte Haus Bornberg der ZSP Hochtaunus gGmbH hat dreimal in der Woche einen besonderen Gast: Beppo, den 10-jährigen Mischlingshund von Michaela Krämer, einer Mitarbeiterin der Tagesstätte. Die ersten Besuche von Beppo waren eine Notlösung. Mit Erlaubnis der Klinikleitung brachte die Krankenschwester ihren Hund zum Dienst mit, weil die Betreuung des Vierbeiners zu Hause nicht mehr gewährleistet werden konnte. Mittlerweile ist Beppo an drei Tagen

fester Bestandteil des Tagesstättenalltags, weil die Mitarbeiter eine positive Wirkung des Tieres auf das Wohlbefinden ihrer Patienten registriert haben. Tiere als Teil der Therapie sind ja mittlerweile in vielen Bereichen anerkannt. Weil die Erfahrungen mit dem Hund so positiv sind, dürfen die Patienten – sofern die Hygienevorschriften dies zulassen – auch mal ihre eigenen Haustiere mitbringen.

So gibt es in Haus Bornberg jetzt häufiger tierischen Besuch, denn auch

Tassilo, ein Kater aus der Nachbarschaft, der auf dem ZSP-Gelände herumstromert, hat Beppo von seinen Besuchen im Haus Bornberg nicht abhalten können. (rvk)

Beppo in der Tagesstätte: Ein Glücksfall, finden Krankenschwester Michaela Krämer (l.), Tagesgast Renate S. und die stellvertretende Pflegedienstleiterin Anita Bingart (r.).

Foto: Dieter Becker

„Seit Generationen für Generationen“

lautet das Motto zum 60-jährigen Jubiläum, das der Landesverband Hessen-Thüringen des VdK in diesem Jahr beging. Gefeierte wurde das Jubiläum mit viel politischer Prominenz im Oktober im historischen Kaisersaal des Frankfurter Römers.

Beim Festakt beschrieb Landesvorsitzender Udo Schlitt die Geschichte des Verbandes von der Gründung als Selbsthilfeorganisation für Kriegsoffer bis zum heutigen modernen Sozialverband, einem sozialpolitischen Mitgestalter in weiten Teilen des Sozialrechts.

Der Landesverband VdK hat heute rund 200.000 Mitglieder für dessen Rechte und gesellschaftliche Integration er sich unabhängig und überparteilich einsetzt. Wesentlichen Anteil an der erfolgreichen Arbeit des VdK kommt den rund 12.000 ehrenamtlich Tätigen zu. (rvk)





„Hält er den Ball?“ – Neunmeter-Schießen im Halbfinale.

Foto: Dieter Becker



Entspannt nach einem spannenden Kegelturnier.

Foto: Personalrat Kassel

Betriebssport: Fußball & Kegeln

Über gleich zwei Ereignisse des LWV-Betriebssports gilt es in dieser Ausgabe zu berichten: das traditionelle Fußballturnier aller LWV-Einrichtungen und das Pokalkegeln der drei LWV-Verwaltungen.

Fußball

Das Fußballturnier wurde Mitte September vom Gesamtpersonalrat im ZSP Philipphospital ausgerichtet. Dieses seit 1964 veranstaltete Turnier wird neuerdings als Tagesturnier auf dem Kleinfeld gespielt. Bei sommerlichen Temperaturen wetteiferten zwölf Mannschaften aus LWV-Einrichtungen in Riedstadt um den Sieg. Im ersten Halbfinalspiel besiegte das Team der HV Kassel das des ZSP Hochtaunus im Neunmeter-Schießen mit 6 : 5; im zweiten Halbfinale besiegte das

Team des ZSP Haina das des ZSP Kurhessen mit 3 : 2, ebenfalls im Neunmeter-Schießen. Im Spiel um den dritten Platz gewann das ZSP Kurhessen gegen das ZSP Hochtaunus mit 4 : 2. Auch hier brachte erst das Neunmeter-Schießen die Entscheidung. Im Finale setzte sich das Team des ZSP Haina gegen die HV Kassel in der regulären Spielzeit mit 2 : 1 durch. Gute Organisation, vorbildliche Verpflegung sowie die spannenden und vor allem fairen Spiele prägten das Turnier. Die Veranstaltung fand ihren Ausklang im Festsaal des ZSP mit der Siegerehrung durch Landesdirektor Uwe Brückmann und einem geselligen Beisammensein.

Kegeln

Anfang Oktober trafen sich die Teilneh-

mer des traditionellen Pokalkegeln der drei LWV-Verwaltungsstandorte im Kasseler Kegelsonnenzentrum.

Jeweils neun Kolleginnen/Kollegen maßen sich im Mannschaftskegeln. Nach einem fairen Wettkampf, der bis zum Schluss sehr spannend blieb, weil alle Teams eng beieinander lagen, stand nach fünf Stunden das Ergebnis fest. So gratulierte Helmut Siebert, Leiter der Steuerungsstelle 010, im Auftrag von Landesdirektor Uwe Brückmann dem Team aus Wiesbaden zum 3. Platz sowie den Keglerinnen und Keglern aus Darmstadt zum 2. Platz. Das Kasseler Siegerteam erhielt den Wanderpokal. Anschließend klang der Wettkampf bei einem gemütlichen Beisammensein aus.

Gerhard Rüdtenklau/Petra Feldner-Nuhn/(rvk)

Was hält die Seele gesund?

Die Prävention psychischer Erkrankungen stand im Mittelpunkt der diesjährigen Herbsttagung der Bundesdirektorenkonferenz, welche in der Walter-Picard-Klinik des ZSP Philipphospital in Riedstadt stattfand und an der 57 Teilnehmer aus ganz Deutschland teilnahmen. Die Bundesdirektorenkonferenz ist ein Zusammenschluss der Ärztlichen Leiter und Leiterinnen deutscher Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie und nimmt maßgeblich Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung des medizinischen Faches Psychiatrie und Psychotherapie. Hintergrund der diesjährigen Veranstaltung war die Tatsache, dass psychische Erkrankungen weltweit

immer mehr zunehmen. Weitverbreitete Krankheiten sind Depressionen, Alkoholmissbrauch, Demenzerkrankungen und Psychosen. Die Erkrankungen können zu einem chronischen Verlauf und damit zu langandauernden Behinderungen führen, wenn sie nicht oder zu spät erkannt und diagnostiziert werden. Dies verbaut die Chance, durch frühe, gezielte Maßnahmen eine chronische Erkrankung zu verhindern oder deren Verlauf günstiger zu gestalten.

Zunehmend rückt deshalb die Prävention solcher Erkrankungen in den Vordergrund, hieß es während der Tagung. Neben der Primärprävention, die vor allem auf die gesundheitsorientierte

Gestaltung der Umgebung, wie z. B. Schule und Arbeitsplatz, gerichtet ist, erscheint gerade bei psychischen Erkrankungen die sogenannte „indizierte Prävention“, die sich speziell an Personen mit erhöhtem Erkrankungsrisiko richtet, als besonders wirkungsvoll. Das Engagement der Bundesdirektorenkonferenz zielt deshalb insbesondere durch die „indizierte Prävention“ auf die Verbesserung der Versorgung psychisch kranker Menschen einschließlich der Versorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen, Suchtkranken und psychisch kranken alten Menschen. Vera Zeich/(jda)

Ersthelfer – kollegiale Hilfe im Notfall

Der neueste Arbeitsschutzbericht des LWV unterstreicht es: Die ergonomische Gestaltung der Arbeitsplätze und eine wirksame Prävention vor Arbeitsunfällen sind unentbehrlich für die Gesundheit der LWV-Beschäftigten. Wenn es aber einmal bei kleineren, mitunter auch größeren Zwischenfällen am Arbeitsplatz auf die kollegiale Hilfe ankommt, wer ist in diesem Moment ein sicherer und geübter „Ersthelfer“? Viele müssen dann „Fehlanzeige“ melden, denn zu lang ist die Erste-Hilfe-Schulung – beim Führerscheinwerb obligatorisch – bereits verstrichen, Auffrischkurse blieben trotz anderslautender Vorsätze unbesucht.

In Kenntnis dieser menschlichen Schwächen beugen vorausschauende Arbeitgeber auch hier vor. Zumal sie wissen, dass ein allzu knappes

Grundlagenwissen für einen Einsatz im betrieblichen Notfall nicht ausreicht. Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LWV haben sich in den letzten Jahren zum Ersthelfer ausbilden lassen. Dafür ist zunächst eine acht Doppelstunden umfassende Schulung erforderlich, die alle zwei Jahre aufgefrischt



Foto: privat

Kerstin Comparato,
Sachbearbeiterin im Integrationsamt Wiesbaden:

„Vor einiger Zeit wurden Ersthelfer gesucht, woraufhin ich mich gemeldet habe. Ich dachte mir, dass man schließlich immer mal – auch privat – in eine Situation kommen kann, in der es gilt, Erste Hilfe zu leisten. Im letzten Erste-Hilfe-Kurs, den ich besuchte, wurde deutlich, dass es nichts Schlimmeres gibt, als aus Angst etwas falsch zu machen, nicht zu helfen. Meist macht man doch intuitiv das Richtige. Der regelmäßige Besuch eines Auffrischkurses festigt die Kenntnisse und gibt mir persönlich ein wenig Sicherheit.“

werden muss, damit sie ihre Gültigkeit behält. Jeder Betrieb mit mehr als einem Mitarbeiter ist in Deutschland verpflichtet, Ersthelfer für den Notfall zu qualifizieren. Während die Benennung der Ersthelfer in den LWV-Kliniken naturgemäß noch nie ein Problem war, denn alle aktiven Ärzte und Pflegekräfte sind aufgrund ihrer Aus- und Fortbildung als Ersthelfer zugelassen, ist dies in der Verwaltung schon etwas schwieriger, denn nicht jeder reißt sich um diese Aufgabe. Hat dann doch ein Freiwilliger seine Bereitschaft erklärt, bieten sich die bekannten Hilfsorganisationen wie Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter-



Peggy Schneeweiß,
Wirtschaftsinformatikerin im ZSP
Mittlere Lahn:

„Für mich ist das Thema Erste Hilfe sehr wichtig. Deshalb besuche ich regelmäßig Erste-Hilfe-Kurse, vor Kurzem habe ich an einem Auffrischkurs teilgenommen. Das ist dann etwa der fünfte, den ich bisher belegt habe. Das tue ich nicht nur für mich, sondern auch für meine Jugendgruppe, denn die Jugendlichen sollen schon vor dem Führerschein etwas über Erste Hilfe erfahren.“

Samariter-Bund oder Johanniter-Unfallhilfe als Ausbilder für künftige Ersthelfer an. Selbstverständlich entstehen dem Ersthelfer keine finanziellen Nachteile: Die Lehrgangskosten müssen die Freiwilligen nicht selbst tragen, sie werden von der Unfallkasse Hessen übernommen. Außerdem haben Ersthelfer, entgegen mancher Befürchtung, kaum mit rechtlichen Konsequenzen zu rechnen, sollte bei der Hilfeleistung einmal etwas schief gehen. Solange der Ersthelfer nach bestem Wissen und Gewissen handelt und die in der Ausbildung erlernten Verhaltensweisen anwendet, hat er nicht mit Schadensersatzansprüchen zu rechnen. Etwas anzulasten ist ihm erst, wenn er selbst einfachste Überlegungen bei der Hilfeleistung missachtet. (cgy)

| Weitere Informationen enthält der jährliche Arbeitsschutzbericht des Funktionsbereiches Arbeitssicherheit der LWV-Hauptverwaltung, erhältlich beim Sicherheitsingenieur des LWV, Rainer Schikora,

Tel.: 05 61 / 10 04 – 24 02.



Uwe Streit, Krankenpfleger
im ZSP Hochtaunus:

„Etwa drei Minuten nach dem Alarmeingang ist hier ein Arzt oder Krankenpfleger zur Stelle. Außerdem haben wir auf jeder Station einen Notfallkoffer. Der entspricht dem Notfallkoffer aus einem Rettungswagen. Deswegen würde ich hier beruhigt umfallen, denn es ist immer jemand da. Intensivmedizin machen wir hier allerdings nicht; falls erforderlich, verlegen wir den Patienten mit dem Rettungsdienst auch auf die Intensivstation.“

Grünes Licht für Wiedereingliederung: In der hessischen forensischen Psychiatrie ist eine vorbildliche Nachsorge entstanden

Frank K. lebt in einem Wohnheim für psychisch kranke Menschen in Hessen. Der 39-Jährige bekommt Medikamente, denn er leidet an einer schweren Psychose. Bereits mit 14 ist er das erste Mal gewalttätig geworden, es folgte eine lange Kette weiterer Gewaltdelikte, danach Aufenthalte in der Psychiatrie, schließlich Maßregelvollzug. Frank K. kann anderen gefährlich werden, wenn er seine Medikamente nicht nimmt, wenn er Alkohol trinkt und wenn die Stimmen in seinem Kopf wieder laut werden. Aber Frank K. kann auch ganz unauffällig leben, seiner Arbeit nachgehen, einkaufen, Musik hören. Weil auch das funktioniert, wenn er sein Leben und seine Krankheit im Griff hat, ist er ein typischer Patient der forensischen Fachambulanz, die hessenweit derzeit rund 340 psychisch kranke Rechtsbrecher nach deren Entlassung aus dem Maßregelvollzug betreut. Ein weiteres Arbeitsfeld der Fachambulanzen ist die Nachbetreuung suchtkranker Rechtsbrecher. Denn für diese Gruppe gilt: Solange sie nicht zu Suchtmitteln greifen, ist das Risiko gering, dass sie straffällig werden.



Roland Freese leitet die forensische Fachambulanz für psychisch kranke Rechtsbrecher. Foto: Stella Dammback

Wirksames Konzept

„Wir suchen die Patienten auf, prüfen, wie es um ihre psychische Erkrankung steht, ob es Anzeichen gibt, dass ein Patient rückfällig werden könnte“, erläutert Roland Freese, der neben seiner Funktion als Ärztlicher Direktor der forensischen Klinik in Eltville auch die forensische Fachambulanz für psychisch kranke Rechtsbrecher leitet. Der Arzt, der bundesweit als einer der Experten für die Nachsorge von Forensikpatienten gilt, teilt seine Arbeitswoche auf die verschiedenen Standorte in Hessen auf – mal ist er in Gießen, das eng mit Schot-

ten kooperiert, mal in Eltville und in der Institutsambulanz in Haina, zu der eine Außenstelle in Kassel gehört. Ähnlich funktioniert auch die Arbeit mit suchtkranken Rechts-

brechern. Michael Bardel, Leitender Abteilungsarzt der Fachambulanz in Hadamar, schildert: „Unsere Teams wechseln ab, suchen einmal den Patienten in seiner Wohnung auf, lassen ihn das nächste Mal in die Ambulanz kommen.“ Mario Friedrich, Fachgesundheitspfleger in Hadamar, fügt hinzu: „Wir machen natürlich regelmäßig Drogenscreenings bei unseren Patienten.“ Die Einrichtungen des Maßregelvollzugs, in Hessen in der Trägerschaft des LWV, schaffen mit ihren medizinischen und therapeutischen Maßnahmen die Basis dafür, dass solche Täter wieder in die Gesellschaft integriert werden können. Der Aufenthalt in einer der forensischen Fachkliniken wird vom Gericht angeordnet. Wie lange jemand im Maßregelvollzug bleibt, wird hingegen nicht festgelegt. Entscheidend dafür ist der Therapieerfolg. „Das wissen unsere Patienten. Deshalb liegt es auch in ihrem Interesse, mit uns zusammenzuarbeiten“, fügt Freese hinzu. Im Durchschnitt bleiben psychisch kranke Rechtsbrecher vier Jahre im Maßregelvollzug, bevor ein Gericht sie der Führungsaufsicht der forensischen Fachambulanzen unterstellt. In dieser Zeit kümmert sich ein Team aus Ärzten, Psychologen, Pflegekräften, Ergotherapeuten und Sozialarbeitern um die Patienten. Der Vollzug wird Schritt für Schritt gelockert. Stehen am Beginn der Lockerungen Hofgang und Tätigkeiten im Haus, folgt am Ende irgendwann der Urlaub, schließlich der Schritt in die Ambulanz. „Wir betrachten uns sehr genau die Krankengeschichte jedes einzelnen. Denn meist lassen sich klare Muster erkennen, in welchen Situationen dieser Mensch zum Täter wird“, so Freese.

Die Erfolge belegen die Wirksamkeit dieses Konzepts. Bei einer Studie, der insgesamt 750 Fälle zugrunde liegen, zeigte sich, dass nur sechs Prozent der Patienten erneut eine Straftat begingen. Die Mehrzahl dieser Straftaten hatte eindeutig mit der Erkrankung des Täters zu tun. „In anderen Bundesländern, bei denen es keine Nachsorge gibt, liegt diese Zahl bei rund 15 Prozent“, betont Freese. Hessen ist damit zum Vorbild für ganz Deutschland geworden.

Es hat lange gedauert, bis die Rechtsgrundlagen für diese Form der Nachbetreuung geschaffen wurden. Bereits Ende der 80er Jahre hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich psychisch kranke und suchtkranke Rechtsbrecher in aller Regel nicht weiter behandeln lassen, sobald sie aus dem Maßregelvollzug entlassen werden. „Ein niedergelassener Psychiater sieht seine Patienten nicht in ihrem sozialen Umfeld. Die Patienten kommen zu ihm, er erhält die Informationen gefiltert vom Patienten“, erklärt Freese. Zudem habe ein niedergelassener Psychiater keine rechtliche Handhabe, die Wohnung seines Patienten zu betreten. Gleiches gilt für die Verordnung von Medikamen-



Mobile Hilfe: In 80 % der Fälle suchen die Betreuer ihre Patienten zu Hause auf. Hier die forensische Fachambulanz für den mittelhessischen Raum in Schotten. Foto: Stella Dammbach

ten, für Drogenscreenings oder auch eine stationäre Einweisung. Aus dieser Erkenntnis folgte die Entscheidung, die Nachbehandlung in die Hände der forensischen Psychiatrie zu legen und entsprechende Nachsorgeeinrichtungen zu schaffen. Seit 2001 gibt es einen vom Land finanzierten Personalschlüssel, der besagt, dass ein Betreuer jeweils für elf Patienten zuständig ist.

Wichtiges Helfernetz

Die Abläufe für suchtkranke Rechtsbrecher lassen sich leichter strukturieren als für psychisch kranke Täter. Suchtkranke werden zunächst in der Klinik untergebracht, müssen erst ihre Therapie abschließen, bevor sie in die Dauerbelastungserprobung der forensischen Ambulanz überwiesen werden. „Vier bis sechs Wochen vor Beginn dieser Phase findet eine Art Vorstellungsgespräch statt, bei dem der zuständige Therapeut der Klinik dabei ist und das Team, das den Patienten ambulant betreuen soll“, erläutert Friedrich. Dabei wird geklärt, was noch geleistet werden muss. Es geht um Fragen wie beispielsweise, ob der Patient eine Arbeitsstelle hat, wie er seine Freizeit gestalten kann. Das Team versucht, ein Helfernetz aufzubauen. Dann folgt die Dauerbelastungserprobung, die meist sechs bis acht Monate dauert. In dieser Zeit wird ausgelotet, ob der Patient Alltagsproblemen gewachsen ist, ohne wieder Drogen zu nehmen. Bevor der Patient auf Bewährung entlassen wird, erstellt das Team eine Prognose hinsichtlich des Verzichts auf Suchtmittelkonsum und Straffreiheit. „Darin schlagen wir auch Weisungen vor, beispielsweise die Teilnahme an einer Selbsthilfegruppe oder weiteren regelmäßigen Kontakt zur Ambulanz“, erläutert Daniela Lambio, Sozialpädagogin in Hadamar.

Die forensische Fachambulanz für suchtkranke Rechtsbrecher hat Anfang 2000 den Betrieb aufgenommen und ist bundesweit die einzige, die als Fachabteilung arbeitet. Bis heute hat sie insgesamt 310 Patienten betreut. Derzeit arbeiten hier drei Teams, die jeweils aus einem Fachkrankenpfleger und einer Sozialpädagogin bestehen und sich um insgesamt etwa 85

Patienten kümmern. Bei psychisch kranken Rechtsbrechern ist der Verlauf der Therapie höchst unterschiedlich. Deshalb muss die Führungsaufsicht auf jeden einzelnen abgestimmt werden. „Natürlich können unsere Patienten unter bestimmten Bedingungen gefährlich werden. Entsprechend genau wird in jedem Einzelfall geprüft, ob eine ambulante Betreuung überhaupt in Betracht kommt und in welchem

sozialen Umfeld ein Patient angesiedelt wird“, erklärt Freese. Und entsprechend genau müssen die Mitarbeiter der Fachambulanz ihre Patienten unter die Lupe nehmen, in Gesprächen mit Betreuern oder – deutlich seltener – mit Familienangehörigen klären, ob sich der Patient auffällig benimmt. Erst danach spricht der Betreuer mit dem Patienten selbst, macht sich ein Bild von dessen Selbstwahrnehmung.

Bereits im Vorfeld der ambulanten Betreuung wird in Gesprächen mit dem Patienten und den Betreuern der Maßregelvollstreckung geklärt, wohin der Patient sinnvoller Weise entlassen wird. „Häufig können diese Menschen wegen ihrer Deliktkarrieren nicht in ihr ursprüngliches soziales Umfeld, in ihre Familie zurück“, weiß Freese. Die Delikte reichen von

Michael Bardel ist für die Fachambulanz verantwortlich, die suchtkranke Rechtsbrecher betreut. Foto: Forensische Fachambulanz Hadamar





Die Mitarbeiter der forensischen Fachambulanz für suchtkranke Rechtsbrecher in Hadamar (stehend v. l.): Harald Holl, Mario Friedrich, Frank Steyer, Adriane Helfrich, Michael Bardel, (sitzend v. l.): Daniela Lambio und Martina Jung. Zum Team gehören außerdem: Andreas Hellmann, Ulla Menge-Khawaja und Ilse Becker.

Foto: Forensische Fachambulanz Hadamar

Brandstiftung und Körperverletzung bis hin zu Sexualstraftaten und Tötungsdelikten. „Wenn so jemand in seine Heimatgemeinde zurückkehrt, kann er nicht Fuß fassen.“

Grün-Gelb-Rot

Die Fachambulanzen arbeiten nach dem so genannten Ampel-Prinzip: Nach dem genauen Studium der Krankheitsgeschichte und der Deliktkarriere jedes einzelnen Patienten wissen die Betreuer, worauf sie bei der Risikoprognose achten müssen. „Unsere Prognosen sind wesentlich genauer als die Wettervorhersage und sie erstrecken sich über einen deutlich längeren Zeitraum“, sagt Freese ganz ohne Ironie. Im Durchschnitt stattdessen die Betreuer jedem Patienten innerhalb von zwei Wochen einen Besuch ab. Steht die Ampel auf Grün – der Patient arbeitet gut mit, hält sich an das verbindlich vereinbarte Therapiekonzept – kommt der Betreuer seltener, manchmal nur einmal im Monat. Zeigt die Ampel Gelb – das Verhalten des Patienten ist nicht eindeutig, lässt sich nur schwer einschätzen – kommt der Betreuer mehrmals pro Woche, intensiviert die Gespräche mit dem Betroffenen und dessen Bezugspersonen, ändert möglicherweise die Therapie. „Da wird durchaus kontrolliert, ob der Patient Alkohol getrunken hat, wenn er nach Hause kommt“, nennt Freese ein Beispiel. Denn gerade bei Psychosen erhöht Alkoholenuss das Risiko eines Rückfalls enorm. Meist holen sich die Betreuer in dieser Situation Rat und Unterstützung im Team. „Wenn es um die medizinische Seite

geht, wendet sich der Betreuer an den Facharzt im Team, bei anderen Themen ist der Sozialarbeiter gefragt“, so Freese. Springt die Ampel auf Rot, wird der Patient sofort stationär aufgenommen.

Für Freese und Bardel steht fest: Das Konzept erhöht die Sicherheit der Bevölkerung, steigert die Motivation zur Mitarbeit der Patienten bei der Therapie und spart Kosten, weil es bei vielen Betroffenen dazu führt, dass sie nicht dauerhaft in Fachkliniken untergebracht werden müssen, deren Plätze knapp sind. Wie erfolgreich die Fachambulanzen arbeiten, zeigt sich auch an anderer Stelle: Immer häufiger haben es die Mitarbeiter mit Menschen zu tun, die von Gerichten an die Einrichtungen verwiesen werden, weil sie im Straf-

vollzug oder in der Bewährungshilfe durch ihr mangelndes Sozialverhalten auffallen. „Da hat uns die allgemeine Psychiatrie entdeckt und drängt mit Macht“, sagt Freese. Er betont: „Ohne Idealismus ist die Arbeit nicht zu machen. Denn die meisten Hausbesuche finden außerhalb der regulären Dienstzeit statt.“ Hinzu kommt, dass seine Mitarbeiter so manchen Patienten auch weiter betreuen, wenn die Justiz nach Ablauf von rund fünf Jahren von einer dauerhaften Führungsaufsicht absieht. „Wir haben etwa 100 solcher Patienten, bei denen wir das für sinnvoll halten“, so Freese.

Bei Frank K. steht die Ampel auf Grün, seine Stimmen haben sich lange nicht mehr gemeldet. Zu seinem Betreuer hat er ein sehr vertrauensvolles Verhältnis. Derzeit suchen sie gemeinsam nach einem niedergelassenen Psychiater, der nach Ende der Führungsaufsicht die Therapie Frank K.'s weiterführen soll. Stella Dammbach



Foto: Stella Dammbach



Fotos: KPPK/Lahnhöhe



„**E**ckhard Bräutigam hat in seiner 18-jährigen Amtszeit mit nicht nachlassender Tatkraft und großer Sachkenntnis die Aufgaben des LWV unterstützt“, sagte Landesdirektor Uwe Brückmann bei der Verabschiedung des langjährigen



Foto: Mira Keilmann

Bürgermeisters von Bad Emstal in den Ruhestand. Bräutigam habe neben den gemeindlichen Interessen auch stets die sozialen Aufgaben des größten örtlichen Arbeitgebers im Blick behalten. Zum Abschied erhielt Bräutigam die Ehrenplakette des LWV in Gold.

Den Deutschen Kinder- und Jugendhilfe-Preis, den Hermine-Albers-Preis, hat der langjährige LWV-Mitarbeiter **Arnd Richter** erhalten. Richter erhielt die Auszeichnung für die Kategorie „Praxispreis der Kinder- und Jugendhilfe“ für sein Projekt „Dialogische Entwicklung mit jungen Inhaftierten, Schülern, alten Menschen und Kommunalpolitikern“ in Wiesbaden. Der Deutsche Kinder- und Jugendhilfepreis ist ein von den obersten Jugendbehörden der Länder gestifteter Preis, der jährlich durch die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe verliehen wird.

Gewechselt

Die Klinik für forensische Psychiatrie in Hadamar hat einen neuen Ärztlichen Direktor: **Ralf Wolf**, der die Funktion bereits Anfang des Jahres übernahm, wurde nun auch offiziell in sein Amt eingeführt. Landesdirektor Uwe Brückmann und Jörg Osmers, für den Maßregelvollzug zuständiger Abteilungsleiter im Hessischen Sozialministerium, sehen in Wolf einen kompetenten Fachmann und eine geeignete Führungskraft. Die nächste Herausforderung wartet bereits auf den neuen Forensik-Chef: Die Klinik für suchtkranke Rechtsbrecher steht vor einer Erweiterung auf 235 Plätze.

Aufgefallen

Die in Bad Nauheim lebende Krankenschwester **Ingrid Seipel** kann auf eine 40-jährige Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst zurückblicken. Das Besondere dabei: Als Mitarbeiterin der ersten Stunde war sie bereits 1967 dabei, als das



Foto: ZSP Hochtaunus

Waldkrankenhaus Köppern in ein Psychiatrisches Krankenhaus umgewandelt wurde. 1980 wurde ihr die Funktion der Stationsleitung übertragen. Im Jahr 2004 machte die gebürtige Kasselnerin schließlich von der Altersteilzeitregelung Gebrauch und genießt seither die so genannte „Ruhephase“.

Zielgruppenmanager **Walter Pohl** gehört weiterhin dem Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) an. Im Oktober bestätigten die Mitglieder der BIH den Chef des LWV-Integrationsamtes in dieser Funktion. Auch wird Pohl künftig den Ausschuss „Information und Bildung“ der BIH leiten.

Geehrt

Eine Gefahrensituation erkennen und sofort beherrscht und fachkundig handeln – Seine Anerkennung für eine couragierte und geistesgegenwärtige Tat hat Landesdirektor Uwe Brückmann an **Marcus Rühl** und **Johannes Rogalski**, beide Krankenpfleger in der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik Lahnhöhe in Marburg, übermittelt. Sie hatten während einer Tagesaktivität in den Sommerferien am Neuenhainer See einen Mann bewegungslos im Wasser treiben sehen. Rühl zog den Mann aus dem Wasser und begann, ihn gemeinsam mit seinem Kollegen zu reanimieren. Im Anschluss an diese überlebensnotwendige Hilfe konnte der Mann dem DLRG bzw. dem Notarzt übergeben werden.

Susanne Sievers, im Hauptberuf Psychologin in der Institutsambulanz Wetzlar der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik Herborn, ist im September die renommierte Bernhard-Christoph-Faust-Medaille verliehen

worden. Der Staatssekretär im Hessischen Sozialministerium, Gerd Krämer, lobte die Arbeit der ehrenamtlichen Vorsitzenden der Wetzlarer Arbeitsloseninitiative (WALI) als herausragendes Beispiel für eine nachhaltige Gesundheitsförderung. Die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, sagte die Preisträgerin, zähle zu den Säulen der Krankheitsprävention.



Foto: KPPK/Herborn

Verstorben

Im Oktober verstarb **Dr. Ekkehard Lommel**, von 1951 bis 1976 Landrat des Kreises Bergstraße, im stolzen Alter von 92 Jahren. Mit ihm verliere

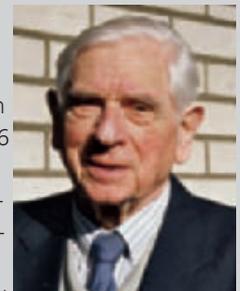


Foto: Doris Wiese-Gutheil

der Kreis eine „herausragende Persönlichkeit“, sagte Landrat Matthias Wilkes. Neben seinem Hauptamt hatte sich Lommel vielfältig politisch und gesellschaftlich engagiert. Er gehörte 1953 zur ersten Versammlung des LWV. Zum 50-jährigen Bestehen ließ der langjährige Bergsträßer Landrat seine Erfahrungen aus der Frühzeit des LWV in einem Info-Beitrag noch einmal Revue passieren (Nr. 1/2003).

Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst

Hauptverwaltung Kassel

Ramona Brandl | Kristin Bücking | Svenja Emde | Sabine Hülle | Michaela Matern | Steffen Passinger | Ralf Strumpf

Regionalverwaltung Darmstadt

Melanie Felgenhauer | Andrea Franke | Johanna Wahlrab

Regionalverwaltung Wiesbaden

Elisa Emmerich | Kerstin Laux | Maria Qadiri | Christine Rick

Laufbahnprüfung für den mittleren Dienst

Hauptverwaltung Kassel

Kai Hofmeyer | Kathrin Scheichenost

Abschlussprüfung zur/zum Verwaltungsfachangestellten

Hauptverwaltung Kassel

Corinna Leyh | Alina Ludwig | Natalie Schäfer | Sebastian Wicke

Regionalverwaltung Wiesbaden

Kathrin Alt | Inken Birkenstock

Abschlussprüfung zur/zum Fachangestellten für Bürokommunikation

Regionalverwaltung Darmstadt

Stephanie Metzler

Abschlussprüfung zur Verwaltungsfachwirtin/zum Verwaltungsfachwirt

Regionalverwaltung Wiesbaden

Christine Götz | Iris Kempenich

Examensprüfung zum/zur Gesundheits- und Krankenpfleger/in

ZSP Am Mönchberg, Hadamar

Christina Jaik | Ramona Reitz | Kathrin Kürschner | Sylwia Lipiec | Petra Geis | Alexandra Pouss | Daniela Reihnsner | Nicole Wagner | Elena Hörner | Inna Lokstein

ZSP Bergstraße, Heppenheim

Lydia Gerter | Jane Heckelt | Annett Heise | Jan Kalb | Helena Karl | Sophia Kordeuter | Sven Pabst | Sandra Peter | Andreas Salzmann | Simone Steinmetz | Sibel Tekin | Kathrin Unger | Janina Volkmar

ZSP Philippshospital, Riedstadt

Atabe Alobwede | Janina Daniel | Barbara Greb-Hoppe | Julia Hebermehl | Carina Rappold | Denise Ritschel | Kirsten Tiersch

ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn

Michael Breining | Sina Eichelroth | Danny Franke | Marie Geib | Sarah Hofmann | Gaby Koch | Jacqueline Kuhles | Sonja Maag | Sabine Puderbach | Julia Schmehl | Damaris Speck | Franziska Weber

25-jähriges Dienstjubiläum

Vorsehentlich wurden die Dienstjubiläen einiger Kolleginnen und Kollegen im LWV-Info 2/06 unter der falschen Rubrik veröffentlicht. Wir bitten um Entschuldigung. Die Betroffenen sind hier nochmals genannt.

Hauptverwaltung Kassel

Gabriele Tölle, Assistenzkraft | Heike Forster, Schreibkraft | Daniela Schindewolf, Verwaltungsangestellte | Anke Schade, Vorzimmerkraft | Simone Müller, Schreibkraft | Bernd Wichart, Verwaltungsangestellter | Annette Hallenberger, Verwaltungsrätin / Funktionsbereichsleiterin | Peter

Kraushaar, Oberamtsrat / Regionalmanager | Hildegard Brekau, Raumpflegerin

Regionalverwaltung Darmstadt

Irmtraud Steiger, Vorlesekraft | Kurt Kreher, Mitarbeiter im PC-Serviceteam | Marcel Dopfer, Verwaltungsangestellter

Regionalverwaltung Wiesbaden

Hans-Jörg Enderle, Verwaltungsangestellter | Edeltraud Mende, Verwaltungsangestellte

ZSP Bergstraße, Heppenheim

Christel Irmschweiler, Krankenschwester | Jürgen Seeger, Krankenpfleger

ZSP Haina (Kloster)

Irene Gumbel, Erzieherin | Wolfgang Happel, Krankenpfleger | Gerd Wölk, Krankenpfleger | Werner Bornscheuer, Verwaltungsangestellter | Angelika Dettmar, Hausgehilfin | Birgit Vöhl, Krankenpflegehelferin | Werner Thielemann, Pädagogischer Leiter HPE | Jürgen Hoffmann, Pförtner/Telefonist | Thilo Keuchel, Koch | Susanne Vaupel, Krankenpflegehelferin | Sara Gonzalez-Cabeza, Ltd. Abteilungsärztin KfP, ASt., Gießen | Rainer Pirner Stellv. Stationspfleger KfP, ASt., Gießen | Sybille Arnold-Wolff, Krankenschwester KfP, ASt., Gießen | Annette Flamann, Stationsleiterin KfP, ASt., Gießen | Jörg Meckel, Krankenpfleger KfP, ASt., Gießen

ZSP Kurhessen, Bad Emstal

Sabine Mentel, Erzieherin | Peter Naumer, Erzieher | Helmut Hofeditz, Erzieher | Richard Galuschka, Schreiner | Dietrich Beilstein, Lehrer für Pflegeberufe | Hildegard Stürmer, Dipl.-Psychologin | Wolfgang Kloß, Ltd. Abteilungsarzt | Peter Schäfer, Dipl.-Sozialpädagoge | Ruth Rupprecht-Schlösser, Arzthelferin | Vera Pfister, Krankenschwester | Heidrun Schäfer, Krankenschwester | Helmut Lustig, Krankenpfleger

ZSP Mittlere Lahn, Gießen

Holger Homfeld, Verwaltungsangestellter | Heidi Becker, Hausgehilfin | Achim Pex, Krankenpflegedirektor KPP | Marianne Straube, Hausgehilfin | Rita Bernhardt, Wäschereiarbeiterin | Heike Kuhl, Stationsschwester | Birgit Pfeiffer, Fachkrankenschwester | Kirsten Tatje-Gerhardt, Krankenschwester

ZSP Mittlere Lahn, Marburg

Marion Wagner, Arztschreibkraft | Doris Dittmar, Krankenschwester | Gerd Reichard, Ltd. Dipl.-Psychologe | Martina Bast, Arztschreibkraft | Ulrich Oehlenschläger, Ltd. Abteilungsarzt | Christel Fragemann-Kubitz, Ergotherapeutin

ZSP Philipphospital, Riedstadt

Renate Pommeranz, Verwaltungsangestellte | Uta Sperling, Oberärztin | Bettina Kohn, Krankenschwester | Reinhold Betz, Ltd. Abteilungsarzt

ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn

Jürgen Sedlatschek, Elektriker | Monika Fischbach, Krankenpfleggehelferin | Ellen Langner, Mototherapeutin | Bettina Georg, Stellv. Krankenpflegedirektorin | Ute Wagener, Fachkrankenschwester | Doris Rumpf, Krankenschwester

ZSP Rheinblick, Eltville

Jürgen Semmler, Koch | Heidemarie Ettingshausen, Krankenschwester | Heidrun Korn-Schafft, Krankenschwester

Klinikum Weilmünster gGmbH

Andrea Schäfer, Gesundheits- und Krankenpflegerin | Britta Gelbert, Erzieherin HPE | Hans-Albert Endler, Erzieher

Johannes-Vatter-Schule, Friedberg

Felizitas Beck, Erzieherin | Anette Jeuck-Bachert, Erzieherin | Manuela Lowin, Erzieherin | Silvia Kirch-Daubertshäuser, Erzieherin

Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg

Detlev Liebeskind, Hausmeister | Mechthild Nitsche, Hausgehilfin | Dorothee Miesel, Angestellte in der Frühförderung | Irmgard Walter, Erzieherin | Wolfgang Schmidt, Verwaltungsangestellter

Freiherr-von-Schütz-Schule, Bad Camberg

Rita Fluck, Hausgehilfin

Schule am Sommerhoffpark, Frankfurt am Main

Cornelia Picard, Erzieherin

40-jähriges Dienstjubiläum

ZSP Haina (Kloster)

Bernard Seitz, Wohngruppenleiter | Werner Wölk, Wohngruppenleiter

Stiftungsforsten Kloster Haina

Ulrich Bieneck, Forstamtsrat

ZSP Mittlere Lahn, Gießen

Gerhard Röhm, Stellv. Stationspfleger

Im Ruhestand

Hauptverwaltung Kassel

Ullrich Bartholmai, Verwaltungsangestellter | Renate Helbing, Amtsrätin | Rainer Öttel, Mitarbeiter im Vordrucklager | Richard Harms, Oberinspektor

Regionalverwaltung Darmstadt

Elke Stanaker, Verwaltungsangestellte | Winfried Moschner, Amtmann

Regionalverwaltung Wiesbaden

Rita Gualdi, Verwaltungsangestellte

ZSP Haina (Kloster)

Renate Schmidt, Krankenschwester

ZSP Kurhessen, Bad Emstal

Elke Beyer, Krankenschwester | Alicija Rybak, Erzieherin | Petra Gorissen, Krankenpfleggehelferin | Anita Weinrich, Krankenpfleggehelferin | Leonarda Kopperschmidt, Krankenpfleggehelferin

ZSP Mittlere Lahn, Gießen

Prof. Dr. Helmut Woelk, Ltd. Medizinaldirektor/Ärztlicher Direktor der KPP

ZSP Mittlere Lahn, Marburg

Anica Vijatov, Hausgehilfin

ZSP Philipphospital, Riedstadt

Horst Reinheimer, Krankenpfleger

ZSP Rheinblick, Eltville

Fritz Werner, Werkstattleiter

Ehrenplakette in Gold

Eckhard Bräutigam, Bürgermeister a. D. der Gemeinde Bad Emstal

Neue Namen – Neue Positionen

PD Dr. Matthias Müller, Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Gießen des ZSP Mittlere Lahn | Ralf Wolf, Ärztlicher Direktor der Klinik für forensische Psychiatrie des ZSP Am Mönchberg, Hadamar

Wir trauern

Dieter Hess, Stellv. Stationspfleger, ZSP Kurhessen | Inka Schwab-Schließmann, Stellv. Krankenpflegedirektorin, ZSP Philipphospital, Riedstadt

Die Personalien werden uns von der Personalabteilung der LWV-Hauptverwaltung und den LWV-Einrichtungen direkt geliefert. Die Redaktion trägt für diese Rubrik keine inhaltliche Verantwortung.

Neu erschienen

- LWV-Referat Sozialpädagogische Zentren, Schulen für Erziehungshilfe:
„Aus der Geschichte lernen“ – Dokumentation der Idsteiner Tagung zur Heimerziehung. Diese Publikation ist nur als Printausgabe gegen einen Kostenbeitrag in Höhe von 8,00 Euro erhältlich.

- LWV-Integrationsamt:
„Technischer Beratungsdienst (TBD)“ (Faltblatt Nr. 16)
- LWV-Integrationsamt:
„Die Integrationsvereinbarung“ (Faltblatt Nr. 17)
- LWV-Integrationsamt:
„Kursangebot zum Schwerbehindertenrecht für das Jahr 2007“
- Fortbildungszentrum des LWV Hessen:
„Fortbildungsprogramm 2007 Fort- und Weiterbildung / Fachtagungen – Psychiatrie, Sozial- und Behindertenpädagogik, Management“

- LWV-Öffentlichkeitsarbeit:
„Maßregelvollzug – Forensische Fachambulanzen, Nachbetreuung suchtkranker und psychisch kranker Rechtsbrecher in Hessen“
- LWV-Öffentlichkeitsarbeit:
Faltblatt „Mehr Chancen für hörgeschädigte Kinder durch pädagogische Frühförderung“ Neuaufgabe September 2006

| Sämtliche Publikationen können unter www.lwv-hessen.de heruntergeladen werden. Sie sind als Printausgaben auch erhältlich im Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 05 61 / 10 04 – 20 60, E-Mail: iuk@lwv-hessen.de

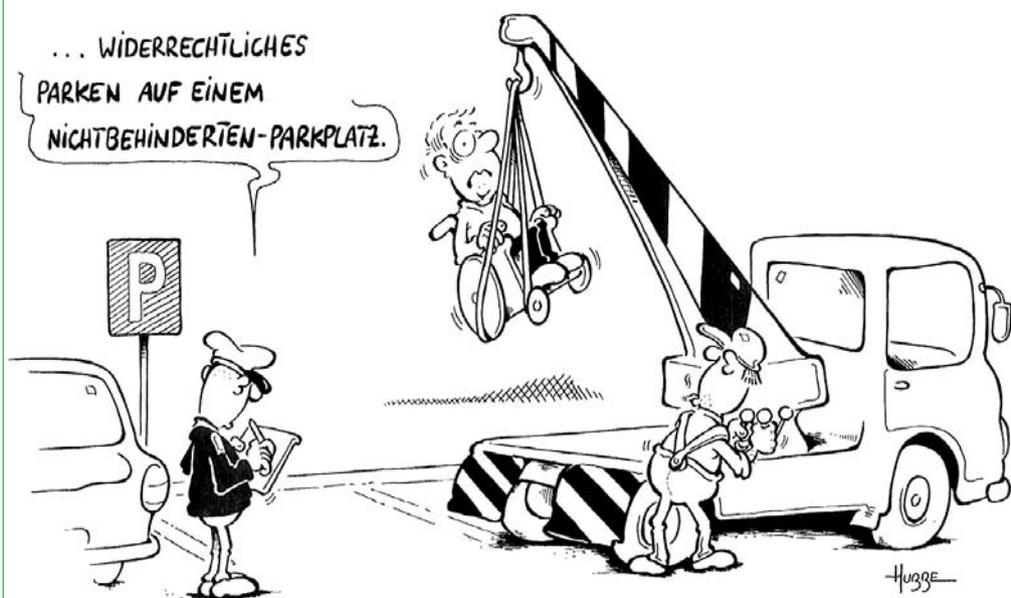
LWV im Dialog

Den vollständigen und aktuellen LWV-Veranstaltungskalender finden Sie unter www.lwv-hessen.de

25. Januar 2007 - 10 bis 17 Uhr | Fachtagung: Das Persönliche Budget auf dem Prüfstand | Veranstalter: Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter (fab e. V.) und LWV Hessen | Veranstaltungsort: Kulturinitiative Kassel, Wilhelmshöher Allee 261, 34131 Kassel | Weitere Infos: 05 61 / 7 28 85 - 51

22. bis 24. März 2007 | Wissenschaftliche Tagung: Krankenfürsorge zwischen Caritas, Heilkunde und Ökonomie. Vom Hospital der Heiligen Elisabeth zu modernen Kliniken und Hospizen | Veranstalter: Philipps-Universität Marburg, Universität Kassel, LWV Hessen | Veranstaltungsort: Hessisches Staatsarchiv Marburg, Friedrichsplatz 15, 35037 Marburg | Weitere Infos: 05 61 / 10 04 - 22 77

Phil Hubbe VII



IMPRESSUM

**LWV-Info. Zeitschrift des
Landeswohlfahrtsverbandes Hessen**

Herausgeber:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Öffentlichkeitsarbeit - Pressestelle
Ständeplatz 6 - 10, 34117 Kassel
Tel.: (05 61) 1004 - 22 13 / 23 68/25 36
Fax: (05 61) 1004 - 26 40
pressestelle@lwv-hessen.de
www.lwv-hessen.de

Redaktion:

Jörg Daniel (jda) (verantw.)
Rose-Marie von Krauss (rvk)

Redaktionsmitarbeit:
Monika Brauns (mbr)
André Letzing (ale)

Satz und Druck:

Grafische Werkstatt von 1980 GmbH, Kassel

Redaktionsschluss: 31. Oktober 2006

Nächster Redaktionsschluss:

31. Januar 2007

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Texte dieser Zeitschrift – auch Auszüge – dürfen nur unter Angabe der genauen Quelle und gegen Übersendung eines Belegexemplares genutzt werden. Das LWV-Info finden Sie unter www.lwv-hessen.de auch im Internet. Abonnementsbestellungen richten Sie bitte an die obige Anschrift.